

Handbuch für mehr Stadtgrün im öffentlichen Raum

Naturbasierte Lösungen
selbst in der eigenen
Nachbarschaft umsetzen





Impressum

Herausgeber

Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU) e.V.
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

www.ufu.de

Autor*innen

Nicole Wozny, Niklas Müller, Tarek Weinhold

Titelbilder

Links: Von Bürger*innen begrünte Baumscheibe.
Rechts oben: Begrünte Pflanzkübel und Sitzmöglichkeiten.
Rechts unten: Von Bürger*innen angelegte Blühwiese.
© Nicole Wozny, 2023

Gestaltung

Formkultur – Mevißen & Jagla GbR

Berlin, 2025

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Diese Publikation wurde im Rahmen des Projekts "Klimaanpassung selbstgemacht" erstellt, welches durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz gefördert wurde. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

Inhalt

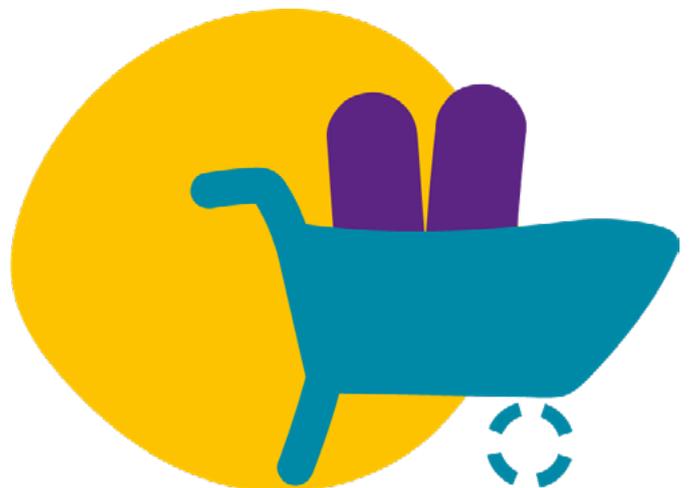
Zusammenfassung	4
Wissen	5
Naturbasierte Lösungen für mehr Stadtgrün in der Nachbarschaft	5
Vorteile der gemeinschaftlichen Förderung von Stadtgrün	8
Beteiligte	10
Planen	12
Motivieren	12
Flächen finden	14
Von der Vision zum Konzept	18
Rechtliche Aspekte	22
Finanzierung	27
Umsetzen	30
Prozessgestaltung	30
Rechtliche Aspekte	32
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	33
Erfolgsfaktoren	34
Pflegen	36
Pflege durch Bürger*innen	36
Pflege durch Stadt	38
Pflege durch Dritte	38
Literaturverzeichnis	39

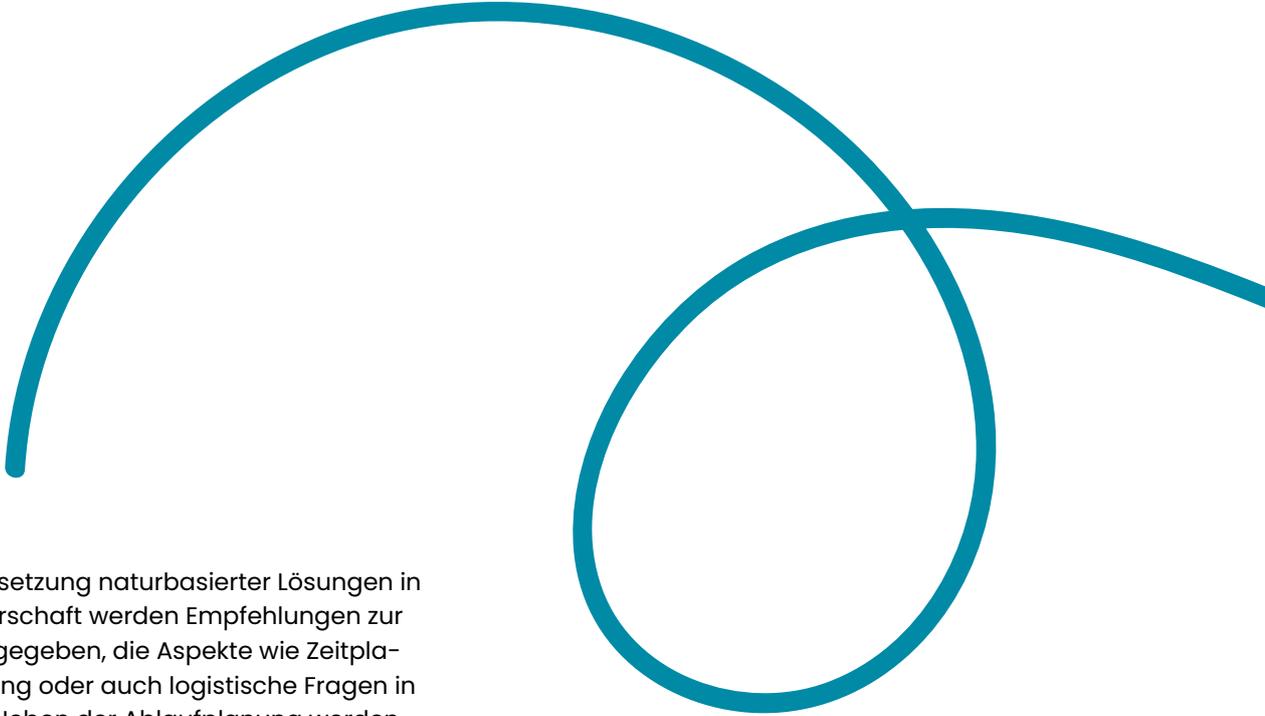
Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund des **Klimawandels** und der Biodiversitätskrise müssen städtische Gebiete aufgrund hoher Versiegelungsgrade und geringer Grünflächen zum Schauplatz einer nachhaltigen Transformation werden. Hierfür gibt es viele Wege. Einer davon ist die **bottom-up Förderung von Stadtgrün** im öffentlichen Raum durch naturbasierte Lösungen, wie Pflanzkübel, Blühflächen, Baumscheibenbegrünung, vertikale Begrünung, Regenwassersammlung, etc. Dieses Handbuch richtet sich an Bürger*innen und die Zivilgesellschaft, die sich in ihren Nachbarschaften für mehr Stadtgrün engagieren möchten. Kleinskalige und niedrighschwellige Maßnahmen, die in der Summe eine bedeutende Wirkung zur **Klimafolgenanpassung und Biodiversität** erzielen können, eröffnen das Potenzial die Eigeninitiative von Stadtbewohner*innen zur Mitgestaltung der eigenen Stadt zu stärken. Das Handbuch gibt Empfehlungen und Tipps für die Planung, Umsetzung und Pflege solcher Maßnahmen, stellt verschiedene Praxisbeispiele vor und verweist auf weiterführende Informationen, die für das eigene Vorhaben hilfreich sein können.

Die Planung von **naturbasierten Lösungen für mehr Stadtgrün im öffentlichen Raum** erfordert, besonders wenn es sich um etwas umfangreichere Ideen handelt, eine sorgfältige Vorbereitung von der Suche nach Mitstreiter*innen, der Identifikation von Flächen hin zur Maßnahmenplanung und der Wegbereitung ihrer Umsetzung vor dem Hintergrund rechtlicher und finanzieller Fragen. Bei der Gewinnung von Mitstreiter*innen und zur Akzeptanzförderung sind die Einbeziehung der unmittelbaren Nachbarschaft und lokalen Gruppen und das Aufzeigen der lebensweltlichen Relevanz von städtischem Grün von zentraler Bedeutung. Bei der Auswahl öffentlicher Flächen zur Maßnahmenumsetzung werden Minimal Kriterien zur Auswahl vorgestellt. Generell empfiehlt sich der Blick auf kleinere wenig genutzte und zugängliche Bereiche, wie Brachen, überdimensionierte Plätze und Gehwege, überschüssige Parkplätze oder Grünflächen mit Aufwertungspotenzial. Nach der Identifikation der Flächeneigentümer*innen ebnen Tipps zur Standortanalyse den Weg für die konkrete Maßnahmenentwick-

lung. Steht das Konzept, sind in der Regel Genehmigungen bei den Flächeneigentümer*innen einzuholen. Wenn dieser Schritt auch abschreckend wirken mag, so sind doch viele Kommunen bürgerschaftlichem Engagement wohlwollend eingestellt und unterstützen dieses auf verschiedene Weisen. Das Handbuch stellt hierzu verschiedene Beispiele vor und beleuchtet neben der Genehmigungsantragstellung auch etwaige Sicherheitsaspekte, die im Austausch mit den Flächeneigentümer*innen adressiert werden könnten. Zuletzt werden zur Planung der eigenen Maßnahmen Finanzierungsoptionen über Fördermittel, Spenden und Sponsoring aufgezeigt.





Hinsichtlich der Umsetzung naturbasierter Lösungen in der eigenen Nachbarschaft werden Empfehlungen zur Prozessgestaltung gegeben, die Aspekte wie Zeitplanung, Rollenverteilung oder auch logistische Fragen in den Blick nehmen. Neben der Ablaufplanung werden auch ggf. zu berücksichtigende Fragen des Versicherungsschutzes beleuchtet und Möglichkeiten zur Kommunikation und Öffentlichkeitswirksamkeit der eigenen Aktion präsentiert. Eine kurze Übersicht über Erfolgsfaktoren zeigt zusammenfassend auf, wo Stellschrauben gegen mögliche Widerstände liegen.

Damit das eigene Stadtgrün langfristig bestehen bleibt und seine volle Wirkung entfalten kann, wird im letzten Kapitel der Aspekt der Pflege als zentraler Baustein für die Nachhaltigkeit jeder umgesetzten Maßnahme in den Blick genommen. Neben der gängigen Pflege öffentlicher Flächen durch die Stadt- oder Gemeindeverwaltung bzw. Dritte, werden bürger- und zivilgesellschaftliche Möglichkeiten und Beispiele der Pflege aufgezeigt, wie Grünflächen- oder Gießpatenschaften.



Selbstgebaute Pflanzkübel und begrünte Sitzmöglichkeiten in Berlin.
© Nicole Wozny, 2023

Wissen

Naturbasierte Lösungen für mehr Stadtgrün in der Nachbarschaft

Die Auswirkungen des Klimawandels machen sich bereits vielfach bemerkbar. Steigende mittlere Jahrestemperaturen, Hitzewellen, Dürren und Hochwasser sind einige Beispiele. Der Klimawandel, die Biodiversitätskrise und ihre komplexen Verflechtungen bedrohen dabei nicht nur die natürlichen Ökosysteme, sondern auch die Lebensgrundlagen und die Zukunft der Menschheit. Zunehmend wird deutlich, dass es einer ganzheitlichen, integrativen Herangehensweise bedarf, um eine nachhaltige Zukunft für alle Generationen zu sichern.

Die Menschen und Infrastruktursysteme in Städten sind dabei besonders anfällig für die Folgen des Klimawandels. Ein hoher Grad an Versiegelungen, dichter Bebauung und Emissionen bei einem gleichzeitig geringen Grad an Frischluftschneisen, Versickerungsflächen und kühlender Infrastruktur begünstigt mitunter den städtischen Wärmeinseleffekt. Um dem Klimawandel zu begegnen, sind neben der Vermeidung von Emissionen auch Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung, die die durch den Klimawandel eingetretenen Auswirkungen abmildern und gesellschaftliche, ökologische und technische Systeme gegenüber Veränderungen resilient machen, zu ergreifen. Die Biodiversität spielt dabei eine entscheidende Rolle, da gesunde Ökosysteme lebenswichtige Ökosystemdienstleistungen, wie die Regulierung des Wasserhaushaltes, die Bindung von Kohlenstoff oder die Bestäubung von Pflanzen, für das Wohlbefinden aller Lebewesen erbringen. Umso wichtiger ist es, Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl den Klimaschutz, die Klimaanpassung als auch die biologische Vielfalt schützen und fördern. Besonders in urbanen Räumen stellt sich die Frage, wie dies auf eine nachhaltige Art und Weise erfolgen kann.

Ein Ansatz für die Klimaanpassung in urbanen Räumen sind naturbasierte Lösungen. Diese beschreiben Maßnahmen, die von der Natur inspiriert sind und gesellschaftliche Herausforderungen adressieren und dabei mehrere Nutzen haben einschließlich der Förderung der biologischen Vielfalt (Sowińska-Świerkosz & García, 2022). Beispiele umfassen Parks, Stadtwälder, Fassaden-

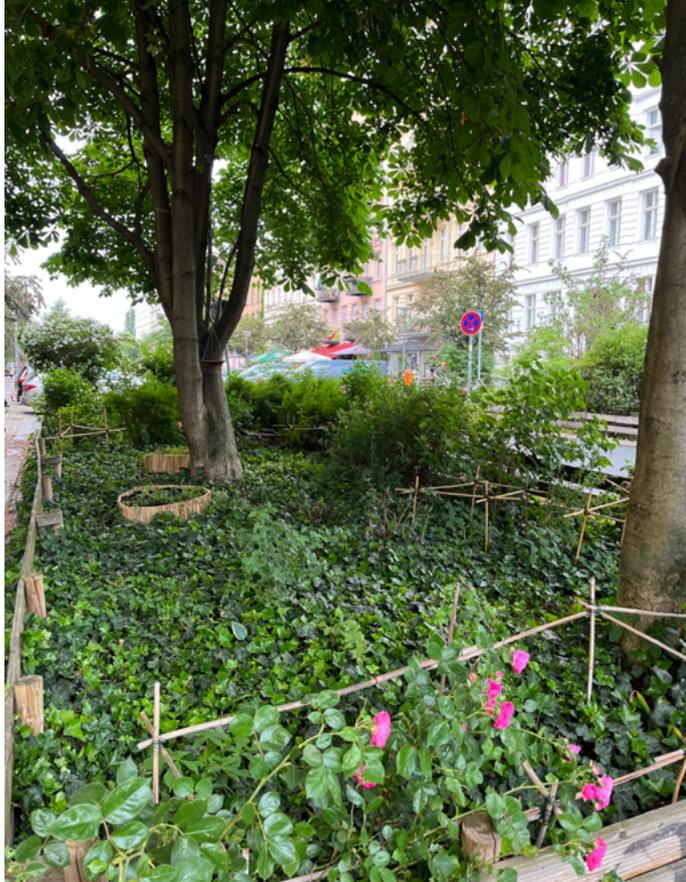


begrünungen, Gründächer, Regenwasserrückhaltebecken, Mulden- und Rigolensysteme, etc. Solche Maßnahmen entfalten ihre Wirkung zur Klimaanpassung durch die Förderung, den Erhalt und die Qualifizierung des städtischen Grüns. Nicht zuletzt wirken sie damit auch dem Verlust an städtischer Biodiversität entgegen.

Dieses Handbuch hat zum Ziel die Eigeninitiative für die Umsetzung von naturbasierten Lösungen für mehr Stadtnatur im öffentlichen Raum zu fördern. Gerade in innerstädtischen Bereichen sind (private) Freiräume knapp. Hier eröffnen öffentliche Flächen, wie Gehwege, Plätze, Parkplätze, Brachen, Höfe, etc., Flächen mit eingeschränktem Nutzen oder vernachlässigte Flächen, als Gemeingut Möglichkeitsräume für das Engagement von Stadtbewohner*innen für mehr Stadtnatur in ihrer eigenen Nachbarschaft. Der Blick richtet sich dabei auf Flächen und Maßnahmen, die aufgrund ihrer Dimension oder aufgrund finanzieller oder personeller Engpässe nicht im Augenmerk der öffentlichen Hand liegen. Dabei soll nicht ein Aus der Pflicht nehmen der öffentlichen Hand hinsichtlich ihrer Verpflichtungen zur Erhaltung, Aufwertung und Erhöhung des Stadtgrüns suggeriert werden, sondern vielmehr eine Ergänzung eben jener Vorhaben, die es vor dem Hintergrund der Klima- und Biodiversitätskrisen dringend braucht.

In vielen Städten lässt sich bereits beachtliches bürger- und zivilgesellschaftliches Engagement für mehr Stadtgrün beobachten, sei es beim Urban Gardening oder der Bepflanzung von Baumscheiben vor der eigenen Haus-

Eine von Bürger*innen begrünte und gepflegte Baumscheibe in Berlin.
© Nicole Wozny, 2023



tür. Dieses Handbuch möchte an dieses Engagement anknüpfen, es stärken und ausweiten und richtet sich in diesem Sinne an Bürger*innen und Zivilgesellschaft, die in ihren Nachbarschaften über private Flächen hinaus auf öffentlichen Flächen zu Spaten und Gießkanne greifen wollen. Der Fokus liegt dabei auf kleinskaligen und niedrigschwelligem Maßnahmen, die besonders im Verbund eine Wirkung erzielen können. Von der Planung über die Umsetzung zur Pflege werden Empfehlungen und Tipps gegeben sowie diverse Praxisbeispiele vorgestellt.

Neben dem ökologischen Potenzial eines solchen Engagements bietet es auch ein gesundheitliches und soziales Potenzial. Grüne Städte steigern die Aufenthalts- und Lebensqualität, indem sie Raum für Entspannung, Erholung, Freizeitaktivitäten und Naturerfahrung bieten und damit Stress abbauen, optisch ansprechend sind, Lärm reduzieren und die Luftqualität verbessern. Damit nehmen sie unmittelbaren Einfluss auf unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit. Darüber hinaus bietet das gemeinschaftliche Aktivwerden in der eigenen Nachbarschaft in Zeiten von Vereinsamung und gesellschaftlichem Auseinanderdriften Raum für Begegnungen, Austausch, Skillsharing, Selbstwirksamkeit, für das Zusammenwachsen von Nachbarschaften sowie die Teilhabe an der Gestaltung der eigenen Stadt. In diesem Sinne eröffnet die bevölkerungsinitiierte Förderung von Stadtgrün durch naturbasierte Lösungen im öffentlichen Raum einen Möglichkeitsraum, in dem nach demokratischen und nachhaltigen Prinzipien gemeinschaftlich verhandelt werden kann, wie geteilte Orte genutzt und gestaltet werden.

Das Konzept der Urbanen Umweltakupunktur

Die strategische Förderung von kleinskaligem städtischen Grün wurde auch als sogenannte **urbane Umweltakupunktur** (urban environmental acupuncture) im Rahmen des EU-geförderten Projekts SALUTE4CE getestet. Kleine Flächen mit 0,2 oder weniger Hektar wurden dabei durch partizipative Stakeholderprozesse mit naturbasierten Lösungen versehen. Wie in der Akupunktur sollen solche kleinen Interventionen an ausgewählten Stellen in dicht bebauten Stadtteilen der urbanen „Heilung“ dienen. Solche Mikrolösungen können als effiziente Alternative zu den großflächigen Vorhaben angesehen werden, da sie kostengünstige Interventionen darstellen, die auch aufgrund ihres geringeren Veränderungsgrades gesellschaftlich akzeptierte Lösung darstellen können (Starzewská-Sikorská, et al., 2022).

Vorteile der gemeinschaftlichen Förderung von Stadtgrün

Die gemeinschaftliche Förderung von Stadtgrün durch naturbasierte Lösungen kann diverse positive Wirkungen auf ökologischer, gesundheitlicher und sozialer Ebene entfalten. In der Gewinnung von Mitstreiter*innen, der Akzeptanzsteigerung in der Nachbarschaft und im Einholen von Genehmigungen für angedachte Maßnahmen, können diese Vorteile als Argumentationshilfen genutzt werden.

... für die Umwelt

Verbessertes Stadtklima

Versiegelte Flächen absorbieren tagsüber Wärme und geben diese nachts nur langsam ab, was zu einer verstärkten und länger anhaltenden Aufheizung der städtischen Umgebung führt. Dies wird auch als städtischer Wärmeinseleffekt bezeichnet. Durch vermehrtes Stadtgrün Stadtnatur kann die thermische Belastung deutlich gesenkt werden. Pflanzen, Böden und Wasserflächen verdunsten Wasser und schaffen so einen kühlenden Effekt, der die Lufttemperatur senkt und eine angenehmere Umgebung in der Stadt fördert, insbesondere in heißen Sommermonaten.

Verbesserte Stadtluft

In vielen Städten ist die Luftqualität durch Schadstoffe, wie Feinstaub und Abgase, stark belastet. Städtisches Grün, wie Bäume und Sträucher, spielen eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Luftqualität. Pflanzen filtern Schadstoffe aus der Luft und tragen so zur Reduktion der Luftverschmutzung bei. Zudem produzieren sie Sauerstoff und verbessern die Luftfeuchtigkeit, was zu einer spürbaren Verbesserung der Luftqualität und Umgebungstemperatur führt.

Verbesserte Regenwasserspeicherung

Der hohe Versiegelungsgrad in Städten führt dazu, dass Regenwasser schnell abfließt und direkt in die Kanalisation eingeleitet wird, anstatt vor Ort gespeichert zu werden. In Zeiten zunehmender Hitzewellen und Trockenphasen wird Wasser zu einer immer wertvolleren Ressource. Durch die gezielte Nutzung und Planung von naturbasierten Lösungen kann Regenwasser versickern sowie (zwischen)gespeichert, wiederverwendet und verdunstet werden. Dies steigert die Resilienz während hydrologischer Extremereignisse als auch die Grundwasserneubildung.

Verminderung des Hochwasserrisikos

Grünflächen und offene Böden bieten eine ideale Möglichkeit, Regenwasser versickern zu lassen und zu speichern. Sie wirken als natürliche Puffer, die das Risiko von Überflutungen vermindern, indem sie die Wasseraufnahme und -speicherung erhöhen. Durch die Schaffung zusätzlicher Grünflächen in Städten wird das Hochwasserrisiko signifikant verringert, da das Regenwasser langsamer abfließt und nicht in die sowieso schon stark belasteten Abwassersysteme gedrängt wird. Dies ist besonders wichtig in Städten, die durch einen hohen Versiegelungsgrad anfälliger für Hochwasserereignisse sind.

Förderung der Biodiversität

Die Förderung der Biodiversität in städtischen Gebieten ist von entscheidender Bedeutung für das ökologische Gleichgewicht und die Lebensqualität der Stadtbewohner*innen. Durch das Anlegen von Grünflächen und die Entsiegelung von Böden werden wichtige Lebensräume für Tiere und Pflanzen geschaffen. Besonders blühende Pflanzenarten bieten Nahrung und Unterschlupf für Bestäuber wie Bienen und Schmetterlinge, was zu einer erhöhten Vielfalt und Widerstandsfähigkeit der städtischen Ökosysteme führt.

... für das Wohlbefinden

Verschönerung des Stadtbildes

Städtische Räume sind häufig von Beton, Asphalt und Grau geprägt, was das Umfeld als unattraktiv und trist erscheinen lässt. Durch stadtgünfördernde Maßnahmen können diese Bereiche visuell aufgewertet und in lebenswertere Orte verwandelt werden, die auch zur Erholung dienen. Je nach Pflanzenwahl entsteht ein dynamisches Stadtbild, das sich im Jahresverlauf immer wieder verändert – von bunten Blumen im Frühling hin zur farblichen Blätterpracht im Herbst.

Lärminderung

In städtischen Gebieten stellt Lärm, insbesondere durch Verkehr, eine Belastung für Menschen und Tiere dar. Pflanzen, vor allem Bäume und Sträucher, wirken wie natürliche Schalldämpfer. Sie absorbieren und reflektieren Geräusche, wodurch der Lärmpegel in der Umgebung gesenkt wird. Die Begrünung von Straßen und Plätzen kann so dazu beitragen, den Verkehrslärm zu mindern und eine ruhigere und angenehmere Atmosphäre in der Stadt zu schaffen.

Erhöhung von Lebens- und Wohnqualität

Grünflächen und Natur in der Stadt haben einen nachweislich positiven Einfluss auf das physische und psychische Wohlbefinden der Menschen. Grüne Flächen bieten Raum für Erholung und Freizeit und fördern die soziale Interaktion. Besonders in dicht besiedelten städtischen Gebieten können Begrünungsmaßnahmen die Lebensqualität erheblich verbessern und die Stadtbewohner*innen zu einem gesünderen und glücklicheren Leben inspirieren.

... für das Miteinander

Stärkung des sozialen Zusammenhalts und einer Kultur im öffentlichen Raum

Die gemeinschaftliche Förderung von Stadtgrün trägt maßgeblich zur Erhöhung des sozialen Zusammenhalts bei. Das gemeinsame Planen, Gärtnern, Pflegen und Nutzen der geschaffenen grün-blauen Elemente generiert Räume sozialer Interaktionsmöglichkeiten für Menschen verschiedener Herkunft, sozialer Schicht und unterschiedlichen Alters, was das Miteinander stärkt. Dies kann eine Kultur im öffentlichen Raum (wieder) beleben sowie kollektive Erfahrungen (wieder)herstellen und bewahren, was in Zeiten zunehmenden Rückzugs ins Private und Vereinsamung den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken kann. Gleichzeitig fördert der Bezug zur Natur das Bewusstsein und die Verantwortung im Umgang mit Umweltthemen und Verhalten.

Verstärkung des Zugehörigkeitsgefühls zu öffentlichen Räumen

Mit dem historisch zunehmenden Übergang von gemeinschaftlichem zu privatem Eigentum und anderen Entwicklungen, hat sich auch die Verbundenheit zum gemeinsam geteilten Raum verändert. Das gemeinsame Gestalten und Sorgen um den öffentlichen Raum bietet das Potenzial sich lokal zugehörig und verbunden zu fühlen und das Verantwortungs-bewusstsein gegenüber dem öffentlichen Raum zu stärken. Dies kann einerseits positive Effekte auf die mentale Gesundheit in Zeiten steigender Globalisierung haben aber auch Vandalismus und Vermüllung entgegenwirken.

Entwicklung sozialer und weiterer Fertigkeiten

Naturbasierte Lösungen sind vielfältig in ihrer Art und besonders ihrer Umsetzung. In den Planungs- und Umsetzungsprozessen gibt es genug Raum, um sich mit anderen Menschen über Ideen und Vorschläge auszutauschen. Die sozialen Interaktionen steigern den sozialen Umgang und die Kommunikation, aber besonders die Umsetzungsprozesse sorgen dafür, dass gärtnerische und handwerkliche Fertigkeiten gestärkt werden und sich neues Wissen angeeignet wird.

Beteiligte

Die in der nachbarschaftlichen Umsetzung naturbasierter Lösungen involvierten Akteure variieren je nach Kontext. Die verschiedenen Akteursgruppen können dabei teils unterschiedliche Rollen, Aufgaben und Einfluss besitzen, sodass es hilfreich ist sich diese vor Augen zu führen, um bei der Realisierung eigener Vorhaben bestehende Unterstützter*innen und Ermöglichende ausfindig zu machen.

Bürger*innen

Als Initiierende von stadtgrünfördernden Aktivitäten können Bürger*innen sich in ihren Nachbarschaften für Wandel einsetzen und Ideen und Bedarfe in den Prozess einbringen.

Als Umsetzende grüner oder blauer Maßnahmen schreiten Bürger*innen als Vorbilder für ihre Mitbürger*innen voran und gestalten ihre Nachbarschaften aktiv mit.

Als Bereitstellende von Ressourcen in Form von Geräten, Werkzeugen oder privatem Sponsoring können Bürger*innen zu Ermöglicern unabhängiger nachbarschaftlicher Begrünungsmaßnahmen werden. Als Pflegende des Stadtgrüns in der eigenen Nachbarschaft setzen sich Bürger*innen für den langfristigen Erhalt des Grüns ein und integrieren Naturerfahrungen, wie gärtnern oder gießen, in ihren Alltag.

Zivilgesellschaft

Als Initiierende können die lokale und regionale Zivilgesellschaft, wie Nachbarschaftsinitiativen oder sozial-ökologische Vereine und Verbände, die Förderung von Stadtgrün über ihre lokale Ansässigkeit hinaus anstoßen.

Als Umsetzende können zivilgesellschaftliche Vereinigungen meist direkt in einer größeren Gruppe aktiv werden und für oder mit Bürger*innen mit einem gewissen Grundstock an Ressourcen stadtgrünfördernde Maßnahmen umsetzen.

Als Unterstützende können zivilgesellschaftliche Vereine und Verbände Bürger*innen mit Know-How in der Planung und Umsetzung naturbasierter Lösungen helfen, beispielsweise bei der Planung konkreter Maßnahmen, bei der Suche nach Finanzierungsquellen oder bei der Fördermittelantragstellung.

Als Vermittler zwischen der Bevölkerung und Stadtverwaltung kann die Zivilgesellschaft Aushandlungsprozesse zwischen beiden Seiten begleiten, Wünschen und Bedarfen von Bürger*innen Gehör verleihen, Übersetzungsarbeit zwischen den Seiten leisten und potenziell deeskalierend wirken.

Als Bereitstellende von Ressourcen können zivilgesellschaftliche Akteure bürgerinnengeleitete Vorhaben finanziell, mit Werkzeug und Geräten oder auch mit Wo*man-Power bei der Umsetzung unterstützen.

Als Pflegende können sich zivilgesellschaftliche Gruppierungen, aufgrund ihres oftmals längeren Bestehens im Vergleich zu losen Bürger*innengruppierungen, langfristig um die Pflege des Stadtgrüns kümmern und diese beispielsweise als offene Pflegearbeitseinsätze mit Freiwilligen gestalten.



Politik und Verwaltung

Als Entscheidende über die Genehmigung und Zielvorgaben stadgrünfördernder Maßnahmen auf öffentlichen Flächen sind Verwaltungen maßgeblich für die Realisierung bürger- und zivilgesellschaftlich angestoßener Vorhaben verantwortlich.

Als Ideengebende können Verwaltungen Erfahrungen und Perspektiven und damit Optimierungsmöglichkeiten in der Ausgestaltung naturbasierter Lösungen aufzeigen.

Als Ermöglicher können Politik und Verwaltung beispielsweise über die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement für mehr Stadtgrün oder über unterstützende Beschlüsse in relevanten Gremien als Wegbereiter für die Maßnahmen von Bürger- und Zivilgesellschaft fungieren.

Als Bereitstellende von Ressourcen kann die Verwaltung über die Bereitstellung von Wissen, finanziellen Ressourcen, Materialien oder Geräten und Werkzeugen die oftmals eingeschränkten Ausgangsbedingungen von Bürger- und Zivilgesellschaft entlasten.

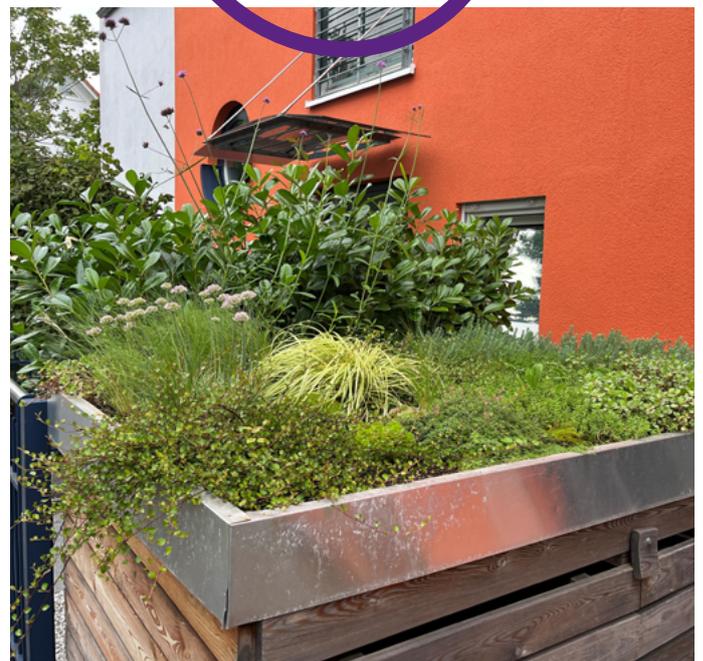
Als Fürsprechende können Politik und Verwaltung über die öffentliche und interne Befürwortung der Vorhaben die Motivation für mehr eigeninitiiertes Stadtgrün in der Bürger- und Zivilgesellschaft stärken.

Unternehmen und Stiftungen

Als Bereitstellende von Ressourcen in Form von finanziellen Mitteln, Sachspenden und -leihen sowie Wo*man-Power ihrer Angestellten können Unternehmen und Stiftungen die Realisierung von stadgrünfördernden Maßnahmen garantieren und unterstützen.

Medien

Als Sprachrohr können lokale und regionale Medien über die stadgrünfördernden Maßnahmen informieren und somit zu ihrer Akzeptanzsteigerung beitragen und als Inspiration für Nachahmer*innen dienen.



Begrünte Mülltonnenbox.
© Nicole Wozny, 2023

Planen

Um naturbasierte Lösungen für mehr Stadtgrün im öffentlichen Raum in der eigenen Nachbarschaft in Eigenregie umzusetzen, ist eine gute Planung und Vorbereitung wichtig. Nur so kann sichergestellt werden, dass die umgesetzten Maßnahmen langfristig akzeptiert und bestehen bleiben. Da sich der öffentliche Raum durch eine Vielzahl an Menschen mit unterschiedlichen Nutzungsansprüchen und Vorstellungen geteilt wird und die öffentliche Hand für seine grundlegende Pflege verantwortlich ist, sollte, anders als beispielsweise im privaten Garten, nicht einfach losgelegt werden, sondern die nachfolgenden Schritte berücksichtigt werden.



Motivieren

Gemeinsam mit weiteren Personen macht eine Begrünnungsaktion mehr Spaß und es lässt sich im Team in derselben Zeit mehr erreichen. Deswegen macht es Sinn andere Menschen zu motivieren als Mitstreiter*innen bei den stadtründernden Aktionen mitzumachen. Doch wie findet ihr diese?

Am besten startet ihr mit Personen aus eurem direkten Umfeld. Fragt zum Beispiel eure Familie und Freunde, ob sie Lust haben sich an eurer Aktion für mehr Stadtgrün zu beteiligen. In eurer Nachbarschaft findet ihr bestimmt weitere Personen, die Interesse haben euch zu unterstützen. Die Online-Plattform nebenan.de bietet zum Beispiel die Möglichkeit sich mit der eigenen Nachbarschaft auszutauschen und Mitstreiter*innen zu finden. Auch das Verteilen von Flyern oder Aushängen von Postern in eurer Nachbarschaft kann euch dabei helfen. Beispielsweise könnt ihr Flyer in die Briefkästen eurer Nachbar*innen werfen und in lokalen Läden, wie Bäckereien oder Supermärkten, nachfragen, ob ihr ein Poster aufhängen dürft.

Als nächstes könnt ihr den Suchradius von eurer Nachbarschaft auf eure Stadt oder Kommune ausweiten. In vielen Gemeinden und Städten gibt es lokale Facebook-, WhatsApp- oder Telegram-Gruppen, in denen ihr einen Aufruf starten könnt. In Halle (Saale) nutzen viele Bür-

ger*innen beispielsweise lokale Plattformen wie "engagiert-in-Halle" oder "Du bist Halle", um über Engagement Angebote oder Veranstaltungen auf dem Laufenden gehalten zu werden. Bestimmt findet ihr solche Verteiler auch in eurer Stadt. Eine weitere Möglichkeit besteht darin lokale Vereine, Initiativen und Organisationen anzuschreiben. Mit etwas Glück streuen sie euren Aufruf in ihren Netzwerken.

Da Aktionen für mehr Stadtgrün im öffentlichen Raum notwendigerweise das Einbeziehen der Flächeneigentümer*innen bedürfen, solltet ihr von Anfang an die Stadt- oder Gemeindeverwaltung miteinbeziehen. Dies wird vor allem relevant, wenn es um die Auswahl einer geeigneten Fläche und die Art der Begrünung geht.



Stadt Halle initiiert Klima- Plattform zur Förderung bür- gerschaftlichen Engagements

In Halle (Saale) haben das Dienstleistungszentrum Klimaschutz der Stadt und die Freiwilligen-Agentur Halle aufgrund der zahlreichen Anfragen von Bürger*innen zu Engagementmöglichkeiten zu Klimaschutz und -anpassung in der Stadt, die Online-Plattform "Klima-engagiert-in-Halle" ins Leben gerufen. Auf der von der Freiwilligen-Agentur betriebenen Webseite können Aktionen und Engagementmöglichkeiten zu verschiedenen Themen (z. B. Stadtgrün und Biodiversität, Mobilität, Gesundheit und Ernährung) von allen Interessierten geteilt und Mitstreiter*innen gefunden werden.
→ **Hier** könnt ihr die Klima-Plattform aufrufen (Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., 2025).

Bei dem Versuch Mitstreiter*innen zu gewinnen ist es hilfreich den lebensweltlichen Nutzen von mehr Stadtgrün für die Gemeinschaft aufzuzeigen, da Themen wie Klimaanpassung oder Biodiversität teilweise zu abstrakt für Menschen sind oder auch nicht in ihrem lebensweltlichen Interesse liegen. So kann beispielsweise viel eher aufgezeigt werden, welchen Nutzen städtische Grünflächen als Begegnungs- und Erholungsorte für Jung und Alt haben oder wie sie zu einem schöneren Stadtbild beitragen. Appelliert auch gerne an die Selbstwirksamkeit möglicher Mitstreiter*innen und verdeutlicht, dass ihr gemeinsam einen Unterschied in eurer Nachbarschaft machen könnt.

Weitere Informationen zur öffentlichkeitswirksamen Bewerbung eurer Aktion für mehr Stadtgrün findet ihr im Kapitel Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die dort beschriebenen Methoden lassen sich auch auf die Gewinnung von Mitstreiter*innen übertragen.

Flächen finden

Flächen identifizieren

Eine bedachte Flächenauswahl ist essenziell für den langfristigen Erhalt der umgesetzten Maßnahmen. Gleichzeitig stellt das Aktivwerden auf öffentlichen Flächen höhere Anforderungen an die Auswahl geeigneter Flächen. Denn im öffentlichen Raum treffen verschiedenste Nutzungsansprüche aufeinander, die es zu berücksichtigen gilt. Während sich die einen Durchgangswege wünschen, mag sich ein anderer Verweilmöglichkeiten wünschen, wieder ein anderer eine Hundeauslaufmöglichkeit, etc.

Wenn wir von öffentlichen Flächen sprechen, meinen wir öffentlich zugängliche Flächen, wobei die Eigentumsverhältnisse hier zunächst im Hintergrund stehen. Für die eigenständige Umsetzung von stadtrünfördernden Maßnahmen in der eigenen Nachbarschaft bieten sich kleinere Flächen und solche an, die keine besonders wichtige Funktion besitzen. Die Einschätzung der Funktionserfüllung unterscheidet sich zwar von Person zu Person aber wenn man mal ganz bewusst auf den vorhandenen Platz im öffentlichen Raum achtet, merkt man schnell, welche Flächen eine infrastrukturtechnisch wichtige und welche eine weniger wichtige Rolle einnehmen. In einem Vortrag des Berliner Vereins Green Kiez, bezeichnete dieser jene Art von Flächen als „Eh-da Flächen“ und deutet damit ihre geringere Funktionsrelevanz und Eignung zur Umgestaltung an (Green Kiez e.V., 2024).

Welche Arten von Flächen meinen wir also? Es geht um öffentliche Plätze, Höfe, fassaden- oder straßenseitige Teile überdimensionierter Gehwege, Brachen, Grünflächen mit Aufwertungspotenzial (z.B. Parks oder Grünanlagen von Wohngebäuden), Straßenbegleitflächen wie Baumscheiben, Parkplätze, Dächer und Fassaden von Garagen, Lauben oder Gebäuden, Grillplätze, Spielplätze oder Bolzplätze. Eine genaue Betrachtung der Flächen von Interesse ist essenziell, um ihre Eignung für eine Umgestaltung festzustellen: Wird die Fläche womöglich nicht gemäß ihrer ursprünglichen Funktion genutzt? Ist die Fläche besonders groß und besitzt relativ viele ungenutzte Teilflächen? Handelt es sich um eine Grünfläche, die ökologisch aufgewertet werden könnte?

Auf diese Weise kann man gemeinsam mit seinen Nachbar*innen eigenständig Flächen für eine Umgestaltung identifizieren. In einem größer angelegten partizipativen Prozess kann man Flächen auch über Veranstaltungen, wie Ideenwerkstätten, oder über digitale Abfragen identifizieren. Alternativ kann man auch auf die eigene Stadtverwaltung, beispielsweise das Straßen- und Grünflächenamt, zugehen und dieses unter Erläuterung der beabsichtigten Maßnahmen nach geeigneten städtischen Flächen fragen.



Abbildung 1: Entsiegelungsaktion des NABU Berlin im Fennpfuhlpark im Rahmen des Projekts Wassernetz Berlin
© Charlotte Hock/NABU Berlin, 2022

Flächenvorschläge über partizipative Onlinekarte sammeln

In Halle (Saale) hat das Unabhängige Institut für Umweltfragen über eine Onlinekarte Vorschläge der Hallenser Stadtbewohner*innen zu Flächen mit Potenzial für stadtgrünfördernde Maßnahmen gesammelt. Über einen Button konnten Interessierte einen Pin auf die Karte setzen und eine kurze Beschreibung der Fläche, mit der Option ein Foto hochzuladen, einfügen. Dabei konnten die Bürger*innen auch bereits erste Ideen für konkrete Maßnahmen eintragen. Auf diese Weise konnten relativ einfach über einen längeren Zeitraum diverse Flächenvorschläge gesammelt werden.



Abbildung 2: Ausschnitt der Onlinekarte zum Eintragen von Flächenvorschlägen in Halle (Saale) im Rahmen des Projekts "Klimaanpassung selbstgemacht"
© Unabhängiges Institut für Umweltfragen, 2025

Eigentumsverhältnisse klären

Hat man erste potenzielle Flächen ins Auge gefasst, gilt es in einem nächsten Schritt die Eigentümer*innen der Fläche in Erfahrung zu bringen. Zunächst sollte geklärt werden, ob es sich um eine öffentliche oder private Fläche handelt. Hierfür kann man bei der eigenen Stadtverwaltung zum Beispiel beim Grünflächenamt oder beim Straßen- und Tiefbauamt erfragen, ob die Stadt oder auch das Land Eigentümer sind. Auf diese Weise kann auch im Ausschlussverfahren vorgegangen werden, um herauszufinden, ob es sich um eine private Fläche handelt. Allerdings darf die Stadt keine Auskunft über anderweitige Eigentümer*innen geben und auch Wege über das Grundbuchamt oder Liegenschaftskataster sind aufgrund strenger Datenschutzbestimmungen nicht vielversprechend, sodass hier das Fragen bei direkten Anliegern, Nachbar*innen oder, sofern vorhanden, beim Quartiersmanagement ratsam sind.

NABU Berlin erhält Flächenvorschlag zur Entsiegelung vom Straßen- und Grünflächenamt

Nachdem der NABU Berlin sich mit dem Interesse an ökologischen Aufwertungsmaßnahmen im und um den Fennpfuhl See an das zuständige Straßen- und Grünflächenamt des Berliner Bezirks Lichtenberg wandte, schlug dieses dem NABU eine öffentliche Fläche zur Entsiegelung und anschließenden Bepflanzung mit Wildsträuchern vor. Bei der Fläche handelte es sich um einen ehemaligen Grillplatz, der als versiegelte Fläche keine wichtige Funktion mehr erfüllte. Der NABU entsiegelte und bepflanzte den Platz in einer offenen Mitmachaktion. Mittlerweile steht der NABU Berlin mit Straßen- und Grünflächenämtern anderer Bezirke in Kontakt, um weitere Flächen mit Entsiegelungspotenzial zu identifizieren und entsprechende Entsiegelungsaktionen durchzuführen (Schlaberg, 2024).

Minimalkriterien zur Flächenauswahl

Nach der Klärung der Eigentumsverhältnisse gilt es für die abschließende Flächenwahl einige grundlegende Bedingungen zu prüfen, die als Minimalkriterien in jedem Fall erfüllt sein sollten, sofern die beabsichtigten Umgestaltungen einer gewissen Dauerhaftigkeit Rechnung tragen sollen. In Anlehnung an Hemingway, Mathey und Wirth (2022) sollten in diesem Sinne folgende Anforderungen bei der Flächenauswahl erfüllt sein:

✓ *Verfügbarkeit der Fläche*

Die Fläche sollte mindestens über mehrere Monate, im Idealfall unbegrenzt, zur Verfügung stehen, damit die Umgestaltungen nicht nach kürzester Zeit wieder rückgängig gemacht werden, da beispielsweise bereits eine anderweitige Umnutzung vorgesehen war. Zwischennutzungen sind natürlich auch eine attraktive Möglichkeit, sollten aber im besten Fall länger als wenige Wochen oder Monate sein.

✓ *Dauerhafter oder mindestens zeitlich eingeschränkter Zugang für Öffentlichkeit*

Da städtisches Grün, besonders in dicht bebauten Stadtgebieten, ein wertvolles Gut ist, sollte der Anspruch bestehen es möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen. Daher sind Flächen die jederzeit oder mindestens zeitlich eingeschränkt oder auf eine Gruppe an Menschen beschränkt (z.B. Innenhöfe) gegenüber privat genutzten Flächen zu bevorzugen.

✓ *Eindeutiger rechtlicher Status*

An die o.g. Eigentumsverhältnisse anknüpfend sollte Klarheit darüber bestehen, wem die Fläche gehört, ob Vorgaben für die Art von Fläche vorhanden sind oder ob etwaige Sonderregelungen zu beachten sind.

✓ *Einklang mit Plänen, Vorhaben oder Projekten*

Es gilt zu prüfen, ob es sich bei der Fläche von Interesse um eine Zielfläche bestehender oder vergangener Pläne, Projekte, etc. handelt, und somit bereits etwaige zukünftige Umgestaltungen oder Anforderungen bestehen, die jegliche Umgestaltung ausschließen. Ist für die Fläche beispielsweise eine Veränderung im Rahmen eines Bebauungsplans vorgesehen oder verhindert eine Fördermittelzweckbindung auf der Fläche jegliche Gestaltungsänderungen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, sollte die Fläche ausgeschlossen werden.

✓ *Wasserverfügbarkeit*

Städtisches Grün kann seine Funktionen nur erfüllen, wenn es gesund und vital ist. Dies hängt u.a. maßgeblich von einer hinreichenden Wasserversorgung ab, die in Zeiten des Klimawandels und je nach Ort und Art des Stadtgrüns nicht immer über Niederschläge oder bodenverfügbares Wasser ermöglicht werden kann. In diesem Fall ist je nach geplanter Maßnahme die Wasserverfügbarkeit in unmittelbarer Nähe, sei es auch nur durch private Wasseranschlüsse, für Trocken- und Hitzephasen sicherzustellen.

✓ *Konfliktfreiheit mit lokalen Interessengruppen*

Es gilt sicherzustellen, dass die beabsichtigten Umgestaltungen auf der Fläche von Anliegern, Nachbar*innen und weiteren Nutzer*innen angenommen werden. Soll beispielsweise ein Parkplatz umgestaltet werden, sollte vorab geprüft werden, ob das Vorhandensein ausreichend weiterer Parkplätze, Konflikte mit Autofahrer*innen vermeiden kann.

✓ *Konfliktfreiheit mit Denkmalschutz*

Umgestaltungen auf oder an denkmalgeschützten Orten sind oftmals aufgrund der nicht erlaubten Änderung des äußeren Erscheinungsbildes nicht gestattet, sofern nicht belegt werden kann, dass das denkmalgeschützte Objekt historisch bereits mit der beabsichtigten Maßnahme, z.B. einer Fassadenbegrünung, bestückt war. Inwieweit Denkmalschutz vorliegt, gilt es mit den Eigentümer*innen zu klären.

Flächenpriorisierung

Stehen mehrere Flächen zur Auswahl, können weitere Auswahlkriterien herangezogen werden, um eine Priorisierung zwischen den Flächen vorzunehmen. Beispiele für solche Auswahlkriterien können die klimatische Belastung bzw. der Klimaanpassungsbedarf (z.B. Überhitzungsgebiete) der Nachbarschaft sein, die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit zu Stadtgrün, die Luftverschmutzung oder Lärmbelastung, Nachbarschaften mit vermehrten sozialen Benachteiligungen, die Eigentumsverhältnisse der Flächen, etc. Derlei Informationen hängen von der Datenverfügbarkeit und -zugänglichkeit in den Verwaltungen ab, sodass solche Kriterien nicht unbedingt immer herangezogen werden können aber besonders größere Kommunen haben oftmals einen guten Datenbestand. Diese beispielhaften Kriterien können natürlich auch bereits früher bei der Identifikation von Flächen herangezogen werden. Zur abschließenden Priorisierung kann auf Basis der herangezogenen Daten und Informationen über die Flächen bewertet werden, inwiefern sich die jeweilige Fläche zur Umgestaltung eignet und inwiefern Handlungsbedarf für die Fläche besteht (SALUTE4CE, 2021).

Der Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas als Datengrundlage zur Identifikation mehrfach belasteter Stadtteile

Der Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas gibt Auskunft über die Kernindikatoren Lärmbelastung, Luftschadstoffe, Bioklima, Grün- und Flächenversorgung sowie soziale Benachteiligung, welche alleinstehend sowie in ihren Wechselwirkungen zueinander betrachtet werden. So konnte u. a. festgestellt werden, dass Gebiete in und um den Berliner S-Bahn-Ring deutlich stärker von Mehrfachbelastungen geprägt sind, als die äußeren Bereiche Berlins (Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, o.J.). Der Umweltgerechtigkeitsatlas stellt ein Beispiel für eine Datengrundlage dar, mit Hilfe derer Flächen mit hohem Handlungsbedarf identifiziert werden können – sowohl für klein- als auch für großskalige Vorhaben.

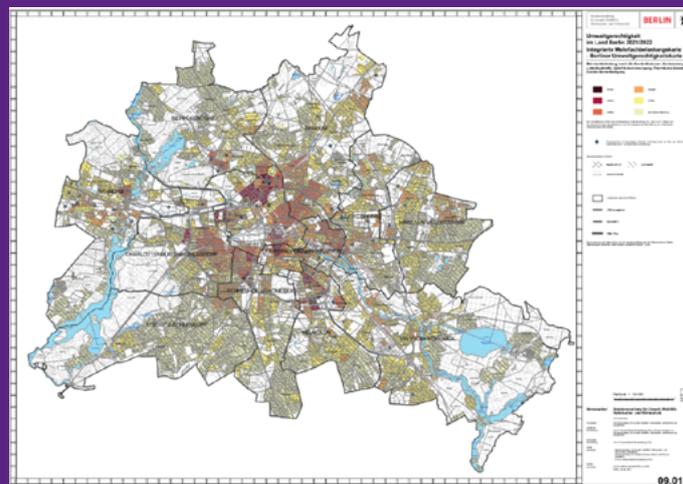


Abbildung 3: Integrierte Mehrfachbelastungskarte – Berliner Umweltgerechtigkeitskarte 2021/2022 © Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, 2021

Von der Vision zum Konzept

Standortanalyse

Je nachdem, wie offen man an den Planungsprozess herangeht, kann nach der Flächenauswahl ein genauere Blick auf die Eigenschaften der Fläche vonnöten sein, um die Ideenfindungsphase in eine Richtung zu lenken und nicht mögliche Optionen auszuschließen. Aber auch wenn ihr bereits von Beginn an wisst, was ihr machen möchtet, beispielsweise die Baumscheibe vor eurem Haus zu begrünen, können einige der nachfolgenden Infos für die konkrete Ausgestaltung hilfreich sein.

Die **Beschaffenheit des Bodens** kann bestimmen, welche stadtdürffördernde Maßnahme auf einer Fläche möglich ist. Gerade städtische Flächen sind oftmals durch Schadstoffe, Verdichtung oder Versiegelung gekennzeichnet. Bei nicht versiegelten Böden kann bei Bedarf eine Bodenanalyse durchgeführt werden, insbesondere, wenn in der Vergangenheit nachweislich kontaminierende Aktivitäten auf der Fläche stattgefunden haben. Bei normalen städtischen Flächen ist in der Regel keine Bodenanalyse nötig aber je nach Zustand der Fläche kann das Abtragen der oberen Bodenschicht und der Auftrag von frischem Mutterboden ratsam sein. Zudem stellt sich die Frage nach Leitungen und Materialien im Untergrund, wenn beispielsweise Flächen entsiegelt oder Tiefwurzler gepflanzt werden sollen. Strom-, Wasser- und andere Leitungen aber auch Schutt oder Beton- und Ziegelreste o.ä. können die Maßnahmenwahl beschränken und die Richtung in nicht bodengebundenen Stadtgrün, wie Hochbeete oder Pflanzkübel, lenken. Es ist daher ratsam in einem ersten Schritt die Eigentümer*innen der Flächen nach Informationen zur Bodenbeschaffenheit und zum Untergrund zu fragen oder alternativ Pläne mit Versorgungsleitungen bei der Stadtverwaltung oder bei Versorgung anzufragen. Schutt oder sonstige Materialreste prüft man am schnellsten über Probegrabungen.

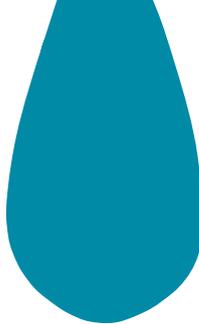
Wie mögliche Leitungen im Untergrund sollte auch die sonstige vorhandene **Infrastruktur** auf und um die Fläche berücksichtigt werden. Dabei können Schächte, Stromkästen, Straßenlaternen, Gebäude und die genauen Standorte von Türen und Fenstern, die Beschaffenheit von Fassaden, Wege, Fluchtwege, Zäune, Feuerwehrezufahrten, Rettungssammelpunkte, etc. in den Fokus rücken. Hierbei können bestimmte Vorgaben seitens

der Stadtverwaltung oder der sonstigen Flächeneigentümer*innen zu Tage treten, die es zu beachten gilt, wie z. B. Abstände zu Straßenlaternen oder Fassaden oder die Einhaltung von Mindestbreiten von Wegen. Solche Vorgaben gilt es abzufragen. Bei Bedarf können auch Lagepläne herangezogen werden, um so nicht zuletzt bei größeren Flächen auch die Maße zu ermitteln. Hierfür kann beispielsweise bei der Stadtverwaltung ein Auszug aus der Stadtgrundkarte für einen geringen Preis erworben werden. Manchmal stellen das Grünflächenamt oder sonstige Eigentümer*innen auf Nachfrage Lagepläne auch kostenlos zur Verfügung.

Pflanzen haben unterschiedliche Lichtbedarfe, sodass auch die **Lichtverhältnisse** vor Ort in den Blick genommen werden sollten. Diese bestimmen die Pflanzenwahl bzw. schließen eine Bepflanzung bei schattigen Standorten gänzlich aus.



Abbildung 4: Naturnahe Sitzecke für eine schattenreiche Fläche
© Nicole Wozny, 2024



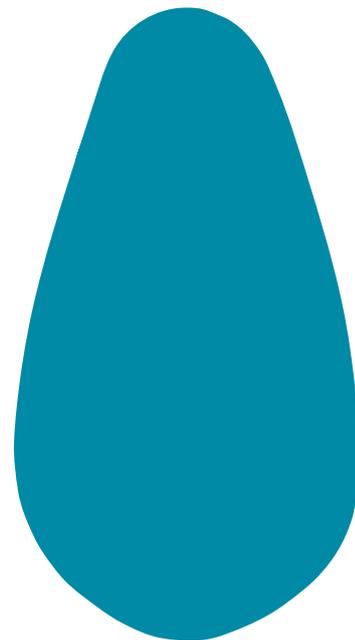
Angeknüpft an die Lichtverhältnisse gilt es auch die Bedingungen der Wasserversorgung des Standorts zu berücksichtigen. Auf besonders sonnenexponierten Flächen und während Trockenphasen kann die **Wasser-versorgung** je nach Wasserbedarf unter Umständen nicht über Regenfälle gedeckt werden. Dies wird vor dem Hintergrund der Klimawandelfolgen eine zunehmende Herausforderung darstellen. Somit gilt es zu klären, ob die Stadt oder die sonstigen Flächeneigentümer*innen eine Bewässerung sicherstellen können. Andernfalls muss geprüft werden, ob Bürger*innen und Zivilgesellschaft eine zusätzliche Bewässerung ermöglichen können, beispielsweise über das Vorhandensein von fußläufig erreichbaren öffentlichen Schwengelpumpen, öffentlichen Regenwasserspeichern oder notfalls Trinkwasseranschlüssen.

Zuletzt gilt es auch sich die allgemeinen **Bedingungen der Umgebung** des Standorts zu vergegenwärtigen. Hierfür kann es von Interesse sein die Eingliederung der stadtrünfördernden Maßnahmen im Kontext der Grünversorgung der Nachbarschaft zu erörtern, also ob und wie sich die Fläche in ein grünes Netzwerk einbinden lässt.

Aber auch Faktoren, wie das generelle Personen- und Verkehrsaufkommen, Vermüllungs- und Vandalismustendenzen oder das Vorhandensein potenziell unterstützender Gruppen sollten hier Aufmerksamkeit erhalten, da auch sie gewisse Ideen vorab ausschließen oder befürworten können.

Maßnahmenanpassung aufgrund von Lichtverhältnissen in Halle

Bei einer klimaangepassten Umgestaltung eines Innenhofs in Halle Neustadt durch das Unabhängige Institut für Umweltfragen wünschten sich Anlieger die Nutzbarmachung einer schattigen Teilfläche des Hofes durch die Schaffung einer Rasenfläche. Nach einer Überprüfung der Lichtverhältnisse der Teilfläche mussten selbst Rasenmischungen für schattige Standorte ausgeschlossen werden. Als Alternative wurde auf der Fläche sodann eine naturbelassene Sitzecke aus Rindenmulch und Baumstämmen geschaffen. Der Rindenmulch verhindert das Unkrautwachstum und saugt Regenwasser auf, welches bei Verdunstung die Umgebungsluft kühlt und den Boden in Trockenperioden vor Austrocknung schützt.



Ideen sammeln & Maßnahmen überlegen

Wenn ihr ohne eine konkrete Idee oder auch mit ganz verschiedenen Ideen für die ausgewählten Flächen startet, ist eine Konzeptionierungsphase, selbst in geringem Umfang, sinnvoll. Diese kann man für sich individuell, im Gespräch oder auch bei gezielten Treffen und Workshops mit den Mitstreiter*innen mithilfe unterschiedlicher Formate und Methoden, wie Ideen- und Planungsworkshops, durchführen. In dieser Phase kann der Kreativität freien Lauf gelassen werden. Hierfür empfehlen wir die folgenden Schritte:

1 *Bedarfe identifizieren*

Zu Beginn sollte man sich vor Augen führen, welche Bedarfe und Wünsche für die Fläche bzw. viel eher für die unmittelbare Nachbarschaft bestehen. Hierbei kann man sich zunächst mit dem Status-Quo der jeweiligen Nachbarschaft, der Straße, des Platzes, etc. beschäftigen und sammeln, welche positiven und welche negativen Aspekte der Ort ganz allgemein und mit Bezug auf Stadtgrün aufweist. Anhand dessen können bestehende Defizite und Problemlagen herauskristallisiert und entsprechende Bedarfe formuliert werden.

2 *Ziele formulieren*

Auf Basis der Bedarfe können in einem nächsten Schritt spezifische Ziele formuliert werden, oftmals passiert dies aber auch schon bei der Bedarfsformulierung bzw. müssen diese Schritte nicht zwingend trennscharf sein, sondern können auch als Konkretisierungsschritt begriffen werden.

3 *Begehung der Fläche*

Mit der Zukunftsvision vor Augen ist es ratsam die ausgewählte Fläche mit den interessierten Mitstreiter*innen und relevanten Entscheidungsträger*innen, die ihr Mitspracherecht an der Umsetzung ausüben wollen, zu begehen. Vor Ort ist der Blick aufs Detail wichtig, denn bereits kleine Eigenschaften der Fläche können gewisse Maßnahmen ausschließen.

4 *Maßnahmen ableiten*

Anhand der Ziele und der Begehung der Fläche können sodann konkrete Maßnahmen abgeleitet werden, die vorgeben, welche (Teil-)Aktivitäten auf welchen (Teil-)Flächen umgesetzt werden sollen. Neben dem "Was" und "Wo" sollte hier auch das "Wie" beleuchtet werden. Wenn beispielsweise die Entscheidung getroffen wurde, eine Blühfläche anzulegen, kann direkt überlegt werden auf welche Weise, mit welchem Saatgut, etc. In dieser Übersicht mit DIY-Anleitungen findet ihr erste Ideen für mögliche Maßnahmen. Weitere Maßnahmenideen, Tipps zur Pflanzenwahl, etc. könnt ihr auch über Naturschutzvereine, Fachwebseiten fürs Gärtnern usw. finden.

5 *Ggf. Feinplanung mit einem Fachbetrieb*

Handelt es sich um eine größere Fläche oder wenn mehrere womöglich, etwas komplexere Maßnahmen geplant sind, beispielsweise das Anlegen eines Pocket Parks, kann der Bedarf nach Unterstützung eines Fachbetriebs aufkommen. Hier kann es zunächst Sinn machen zu prüfen, ob sich womöglich Gärtner*innen, Landschaftsarchitekt*innen, o.ä. unter den Nachbar*innen befinden und bei der Aktion mitmachen wollen. Andernfalls muss man nach einer Finanzierungsquelle für einen Fachbetrieb suchen → **siehe auch Kapitel Finanzierung**. Diese können mit einer detaillierten Entwurfs- und Ausführungsplanung unterstützen.

6 *Pflegezuständigkeit festlegen*

Bereits jetzt sollte auch schon geklärt werden, wer für die langfristige Pflege, Wartung und Reinigung der umgesetzten Maßnahme und Fläche verantwortlich sein soll, da diese Frage spätestens im nächsten Schritt, womöglich aber auch schon bei der ersten Kontaktaufnahme mit den Flächeneigentümer*innen aufkommen wird (mehr dazu im Kapitel Pflegen).

7 *Rückkopplung mit Flächeneigentümer*in und Maßnahmenanpassung*

Oftmals wünschen sich Eigentümer*innen genaue Informationen über die Umsetzung der geplanten Maßnahmen, sodass Details, wie die exakte Pflanzenauswahl, verwendete Materialien, Bezugsquellen oder Herstellerfirmen, etc. zur finalen Abstimmung übermittelt und etwaige letzte Anpassungen in der Maßnahmenplanung vorgenommen werden müssen.

Einbindung von Landschaftsarchitekturstudierenden in Maßnahmenplanung in Halle

Bei der Planung von klima- und biodiversitätsfreundlichen Umgestaltungen für einen öffentlich zugänglichen Innenhof in einem Wohnviertel in Halle Neustadt durch das Unabhängige Institut für Umweltfragen wurden Landschaftsarchitekturstudierende der Hochschule Anhalt in die Entwurfsplanung eingebunden. Die Einbindung erfolgte in Absprache mit der Hochschule über die Einbettung in ein praktisches Projektseminar, welches sich die Studierenden anrechnen lassen konnten. Die Studierenden nahmen an Ideen- und Planungswerkstätten vor Ort teil, um auf Basis der Bedarfe der Anwohner*innen und Anlieger verschiedene Entwurfsvorschläge zu machen. Durch die Einbindung von Studierenden kann zusätzliche Expertise junger Menschen eingeholt werden, die motiviert sind, ihr Wissen und ihre Fertigkeiten in der Praxis anzuwenden und zu testen.



Abbildung 5: Umgestaltungsentwurf der Landschaftsarchitekturstudierenden der Hochschule Anhalt

© Sarah Walz, 2024



Rechtliche Aspekte

Rechtliche Rahmenbedingungen für stadtrünfördernde Maßnahmen durch Bürger*innen und Zivilgesellschaft auf öffentlichen Flächen

Um mit den weniger erfreulichen Informationen zu beginnen, muss zunächst leider festgehalten werden, dass Stadtgärtnern oder auch ganz generell das Herbeiführen von Veränderungen im öffentlichen Raum ohne eine Genehmigung des Eigentümers nach § 303 des Strafgesetzbuches strafbar ist. Nach § 94 des Bürgerlichen Gesetzbuches werden Samen und Pflanzen durch das Aussäen und Einpflanzen wesentlicher Bestandteil eines Grundstücks und somit zum Eigentum des Grundstückseigentümers. In diesem Sinne wird das Erscheinungsbild einer fremden Sache verändert (Die Bayerische, o.J.).

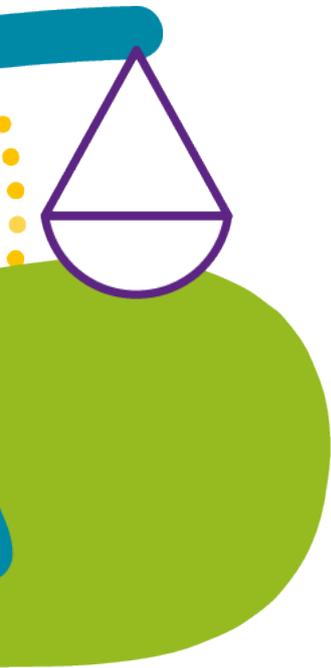
Aber kein Grund zur Sorge, das bedeutet nicht, dass nichts möglich ist und ihr jeden Schritt gegen potenzielle Konsequenzen abwägen müsst. Ganz im Gegenteil, dulden und befürworten viele Kommunen und Gemeinden das Aktivwerden der Stadtbewohner*innen und unterstützen diese dabei. In einigen Fällen stellen die zuständigen Grünflächenämter sogar Informationen zum Vorgehen sowie praktische Tipps für Bürger*innen auf ihren Webseiten zur Verfügung. In Gesprächen teilten uns Vertreter*innen von städtischen Grünflächenämtern sogar mit, dass sie die Vielzahl an Genehmigungsanfragen von Bürger*innen nicht abarbeiten können und im Grunde nichts dagegen haben, wenn Bürger*innen unter Zusage einer kurzen Info einfach aktiv werden, da in den wenigsten Fällen Maßnahmen umgesetzt werden, die aus rechtlichen Gründen wieder zurückgebaut werden müssen. Dennoch sollte bei bestehender Unsicherheit grundsätzlich immer gelten: Wenn ihr stadtrünfördernde Maßnahmen auf öffentlichen Flächen umsetzen wollt, bedarf es einer Genehmigung des Grünflächen- oder des Straßenamts oder der sonstigen Flächeneigentümer*innen (mehr dazu im Abschnitt Genehmigungen einholen).

Unabhängig von dieser allgemeinen rechtlichen Situation, sind das Stadtgärtnern durch Bürger*innen und Zivilgesellschaft auf öffentlichen Flächen, die Rahmenbedingungen hierfür sowie Zuständigkeiten in den Gemeinden und Städten sehr unterschiedlich geregelt – von klaren Vorgaben zu beispielsweise Genehmigungsantragstellung, genehmigungsfreien Maßnahmen oder Versicherungsschutz im Ehrenamt hin zu keinerlei Regelungen

und festgelegten Ansprechpersonen. Daher macht es in einem ersten Schritt zunächst immer Sinn auf der Webseite der Stadt- oder Gemeindeverwaltung, insbesondere auf den Unterseiten der Straßen- und Grünflächenämter, nach etwaigen Regelungen und Informationen zu suchen. Lassen sich keine finden, empfiehlt sich ein Anruf beim entsprechenden Amt oder sonstigen Flächeneigentümer*innen, um die richtige Ansprechperson, Fragen zu etwaigen Genehmigungsanträgen, erlaubten und nicht erlaubten Maßnahmen, etc. in Erfahrung zu bringen und das eigene Vorhaben zu erläutern. Das Grünflächenamt kann dabei auch um fachliche Tipps, z. B. zur Pflanzenwahl, gebeten werden.

Auf einer übergeordneten Ebene gilt es im Hinterkopf zu behalten, dass es eine Reihe an Gesetzen und Verordnungen gibt, die die eigenständige Förderung von Stadtgrün im öffentlichen Raum tangieren können. Wenn auch meistens nicht vonnöten, kann im Bedarfsfall ein Blick in z. B. etwaige Grünanlagen-, Straßen-, Bodenschutz-, Naturschutz- und Nachbarschaftsgesetze oder auch die Bauordnungen der Länder oder das Bundes-Klimaanpassungsgesetz erforderlich sein (Haas, 2024; Fischer, Wockenfuß, & Ortman, 2014). In der Regel lassen sich jedoch die Fläche betreffende Vorgaben oder Verbote, z. B. zu Abstandsregelungen, Baum- oder Trinkwasserschutz, wie oben genannt am einfachsten über Nachfragen bei den relevanten Ämtern identifizieren.





Sicherheit

Stadtgrünfördernde Maßnahmen gehen immer auch mit Sicherheitsfragen für die Umsetzenden der Maßnahmen, die Nutzer*innen sowie die indirekt Betroffenen einher.

Bei Stadtgrünmaßnahmen an oder unweit von Verkehrsflächen ist die Beachtung der **Verkehrssicherheit** von zentraler Bedeutung. Hier gilt es sich zu fragen, ob beispielsweise die Wuchshöhe der Pflanzen relevante Sichtachsen einschränken kann, ob Elemente der geplanten Maßnahme in Verkehrsflächen hineinragen könnten oder ob die Maßnahmen inmitten relevanter Verkehrswege liegen. Daher müssen lokal geltende Abstandsregelungen zu Fahrbahnen, die Mindestbreiten von Gehwegen, etc. eingehalten werden. Zudem müssen Rettungs- und Fluchtwege, Feuerwehrezufahrten und für Feuerwehrautos vorgesehene Flächen im Falle eines Brandes stets freigehalten werden. Auch hier empfiehlt sich ein Anruf an die zuständigen Ämter, die einem schnell einen Überblick über alle relevanten Aspekte geben können.

Bei Maßnahmen, die bauliche Elemente enthalten, wie Hochbeete, Regenbänke, Fassadenbegrünungen mit Rankhilfen oder naturnahen Biodiversitäts- und Spielelementen (z. B. Totholzhaufen) sind ebenfalls Sicherheitsaspekte, insbesondere die **Verletzbarkeit** an den Materialien, die Klettermöglichkeiten und die **Fallhöhe**, die **Vandalismusgefahr** und in manchen Fällen das Brandrisiko sowie die maximal tragbare Last des Bodenbelags

zu berücksichtigen. Spitz herausragende Materialien, hoch bekletterbare Konstrukte ohne Fallschutz oder weniger stabile Elemente in stark vandalismusgefährdeten Nachbarschaften sollten im besten Fall vermieden werden. Bei biodiversitätsfördernden Spielelementen muss aufgepasst werden, dass diese nicht als Spielplatz eingeordnet werden und demnach gemäß DIN 18034 und DIN EN 1176 TÜV-geprüft sein müssen (Behr, Brunsterring, Stottmeister, & Wrobel, 2021). Bis zu einer Fallhöhe von 60 cm bestehen keinerlei Anforderungen hinsichtlich Fallschutz, ab 60 cm sind je nach Zugänglichkeit unterschiedliche Schutzelemente notwendig (ebd.). Der **Brandschutz** wird beispielsweise bei Fassaden- oder Dachbegrünungen relevanter. In der Regel ist die Brandgefahr bei hinreichend bewässerter Begrünung gering und das jeweilige Brandrisiko je nach Begrünungssystem unterschiedlich aber teilweise auch noch nicht vollends untersucht. Bei etwaig bestehenden Brandschutzanforderungen bei der ausgewählten Fläche, welche ebenfalls beim zuständigen Amt in Erfahrung gebracht werden können, müssen im Bedarfsfall Expert*innen herangezogen werden. Zuletzt muss bei bodenauffliegenden Maßnahmen, wie Pflanzenkübeln oder Parklets, die maximale **Traglast des Untergrunds** in Erfahrung gebracht werden. So kann es beispielsweise sein, dass bei Maßnahmen auf Bernburger Mosaikpflaster die Materialwahl angepasst werden muss, um ein stellenweises Absinken der Pflastersteine zu verhindern.

Bei der Auswahl von Pflanzen und auch bei der Sammlung und Nutzung von Regenwasser gilt es zudem **Vergiftungen** durch unplanmäßigen Verzehr mitzudenken. Es gibt kein allgemeines Verbot auf öffentlichen Flächen giftige Pflanzen anzupflanzen oder Regenwasser zur Nutzung zur Verfügung zu stellen. Mit Blick auf Kinder haben die Ständige Konferenz der Gartenbauamtsleiter des Deutschen Städtetags und der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau für Spielplätze sich lediglich gegen einige Pflanzen aufgrund ihrer hohen Gefährdung ausgesprochen: Goldregen, Pfaffenhütchen bzw. gewöhnlicher Spindelstrauch, Stechpalme, Seidelbast sowie phototoxische Pflanzen, wie Ambrosia (ebd.). Wir empfehlen bei Stadtgrünmaßnahmen so gut es geht auf giftige Pflanzen zu verzichten. → **Diese Liste** des Bundesinstituts für Risikobewertung gibt eine Übersicht über alle Pflanzen, die zu schweren und mittelschweren Vergiftungen führen können. Bei öffentlich zugänglichem Regenwasser sowie im Fall, dass dennoch giftige

Pflanzen gepflanzt werden, empfehlen wir das Anbringen von Informationsschildern, die vom Verzehr abraten.

Zuletzt besteht auch immer ein Sicherheitsrisiko beim Umsetzen, Warten und Pflegen der Maßnahmen, sei es, weil man sich selbst oder andere verletzt oder das Eigentum anderer aus Versehen beschädigt. Hierfür haben einige Städte und Gemeinden bereits pauschale **Sammel-Haftpflicht- und Unfallversicherungen** für ehrenamtliches Engagement und Ehrenamtliche abgeschlossen z. B. in [→ Berlin](#). Die Stadt oder Gemeinde oder, sofern vorhanden, die lokale Freiwilligenagentur können Auskunft über das Vorhandensein etwaiger Versicherungen geben. Sind keine Versicherungen vorhanden, kann es unter Umständen ratsam sein, sich eine Versicherung für einen bestimmten Zeitraum zu kaufen, beispielsweise für eure Aktionstage [→ siehe auch Kapitel Rechtliche Aspekte](#).

Generell gilt, dass eine gute Planung und Kommunikation mit entsprechenden Stellen aber auch eine hinreichende Pflege und Wartung der stadtgrünfördernden Maßnahmen von zentraler Bedeutung sind, um die Sicherheitsrisiken langfristig zu verringern.

Genehmigungen einholen

Wie bereits erwähnt, sollte im Idealfall immer eine Genehmigung zur Umsetzung der beabsichtigten Maßnahmen bei den Flächeneigentümer*innen eingeholt werden. In einigen Fällen gibt es bestehende Regelungen zu stadtgrünfördernden Maßnahmen, die genehmigungsfrei im öffentlichen Raum durch Bürger*innen umgesetzt werden können. So können beispielsweise in [→ Leipzig](#) und in mehreren Berliner Bezirken Baumscheiben genehmigungsfrei bepflanzt werden, beispielsweise im [→ Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg](#). In Ulm wiederum wurde eine verwaltungsinterne Entscheidung zur Stärkung des Engagements zu Stadtgrün getroffen, nach der “[p]rivate Pflanzkübel im öffentlichen Raum [...] geduldet [werden], wenn sie sich innerhalb eines Streifens von 0,5 Meter parallel zur Hauswand befinden und der Verkehr und das Parken nicht behindert werden. [...] Die verbleibende Restgehwegbreite muss in jedem Fall mindestens 1,50 m betragen” (Steck, 2024). Solche Regelungen werden nicht immer veröffentlicht, sodass sich das Nachfragen bei der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung lohnt.

In der Regel ist jedoch eine Genehmigung beim zuständigen Amt einzuholen. Der Prozess der **Genehmigungsantragsstellung** und Genehmigungserteilung kann sich dabei ganz unterschiedlich ausgestalten, von sehr unbürokratisch und einfach hin zu formellen Regelungen. Was es im konkreten Fall bedarf, kann ebenfalls durch Nachfragen beim zuständigen Amt bzw. Eigentümer*in schnell erfragt werden. Generell sollten in jedem Genehmigungsantrag die W-Fragen beantwortet werden: Wer will was, an welchem Ort und auf welche Art und Weise machen? Das „Wie“ sollte sowohl Auskunft über die Umsetzung als auch über die langfristige Pflege geben.

Oftmals genügen formlose Genehmigungsanfragen, an die von Seiten der Verwaltung keine besonderen Anforderungen gestellt werden. So können beispielsweise die W-Fragen in einem Dokument mit eigens festgelegter Struktur abgearbeitet werden und dieses per E-Mail mit Bitte um Genehmigung an die zuständige Person geschickt werden. In anderen Fällen kann es spezifische Antragsformulare seitens der Verwaltung geben, wie zum Beispiel beim [→ Antrag](#) auf Baumscheibenbepflanzung im Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Aufgrund der Funktionenteilung in kommunalen Verwaltungen, kann es zudem passieren, dass die Umsetzung einer Maßnahme auf einer bestimmten Fläche die Zustimmung verschiedener Abteilungen oder Ämter bedarf. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn ihr

eine stadtgrünfördernde Maßnahme auf einem Gehweg, welcher an ein denkmalgeschütztes Gebäude anschließt, umsetzen willt, wodurch neben dem Straßenamt auch das Denkmalschutzamt zustimmen muss.

Beim Umsetzen von Maßnahmen auf öffentlichem Straßenland wird in der Regel ein Sondernutzungsantrag vonnöten sein, der nach Einzelfallprüfung genehmigt werden kann. Meistens gibt es Sondernutzungsantragsformulare, die einem zur Verfügung gestellt werden oder direkt online ausgefüllt werden können. Im Falle von **Sondernutzungen** werden meist Bearbeitungsgebühren im zweistelligen Bereich erhoben sowie eine Nutzungsgebühr für die entsprechende Größe und Nutzungsdauer der Fläche. Dies wirkt natürlich sehr abschreckend aber gerade als Bürger*in oder zivilgesellschaftlicher Akteur lässt sich vor dem Hintergrund der Gemeinnützigkeit und dem Dienst für die Stadt über die Förderung von Stadtgrün eine Befreiung der Nutzungsgebühren beantragen, sodass letztlich nur die einmalige Bearbeitungsgebühr gezahlt werden muss. In manchen Fällen befreien Verwaltungen für bestimmte Maßnahmen von vornherein von der Sondernutzungsgebühr. Darüber hinaus werden Sondernutzungen in der Regel für eine gewisse Dauer vergeben aber im Idealfall soll die umgesetzte Maßnahme natürlich langfristig vor Ort bleiben. Auch dies muss im Einzelfall mit der zuständigen Stelle geklärt werden.

Befreiung der Sondernutzungsgebühr beim Aufstellen von Regentonnen auf Gehwegen in Berlin

In Folge immer häufigerer Anfragen von Berliner Bürger*innen Regentonnen zur Bewässerung des Stadtgrüns vor ihrer Haustür auf Gehwegen aufstellen zu dürfen, hat die Berliner Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt diese als Sondernutzung eingestuft, für die dementsprechend immer ein Sondernutzungsantrag gestellt werden muss. Um das Engagement der Bürger*innen dahingehend zu vereinfachen, entfällt die tägliche Sondernutzungsgebühr pro in Anspruch genommener Fläche, sodass lediglich die einmal fällige Verwaltungsgebühr in Höhe von 60 Euro zu entrichten ist. Voraussetzungen für die Genehmigung und ein Sondernutzungsantragsformular hat der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hier zusammengestellt.



Abbildung 6: Regentonne auf Berliner Gehweg zur Bewässerung umliegenden Stadtgrüns durch Bürger*innen
© Nicole Wozny, 2024

Regelungen sind nicht in Stein gemeißelt – Das Potenzial bürgerschaftlichen Engagements für Lockerungen bei Genehmigungsfragen

Nur weil etwas schon immer so war, muss es nicht immer so bleiben. Gerade vor dem Hintergrund der Klima- und Biodiversitätskrise ist eine Entbürokratisierung bürgerlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements für mehr Stadtgrün erstrebenswert und natürlich mancherorts auch schon im Gange. In Ulm haben das Engagement und die vielen Anfragen von Stadtbewohner*innen zur Förderung von mehr Grün vor ihrer Haustür dazu geführt, dass die Stadt die Überbürokratisierung ihrer eigenen Vorgaben eingesehen hat: Während Bürger*innen früher die drei Fachbereiche Grünflächen, Stadtbildgestaltung und Verkehr um Erlaubnis bitten mussten, um einen Pflanzkübel auf öffentlichem Straßenland vor ihrem Haus aufzustellen, dürfen Pflanzkübel in einem Bereich von 0,5 m vor dem Gebäude im öffentlichen Raum mittlerweile genehmigungsfrei aufgestellt werden, sofern eine restliche Gehwegbreite von 1,5 m erhalten bleibt und das Parken und der Verkehr nicht beeinträchtigt werden (Steck, 2024).



Abbildung 7: Pflanzkübel auf öffentlichem Straßenland dürfen in Ulm 50 cm vor dem Haus genehmigungsfrei aufgestellt werden © Susanne Steck, 2023

Genauso unterschiedlich wie sich die Antragsstellung gestalten kann, kann dies auch bei der Antragsgenehmigung sein. In manchen Fällen erfolgen Genehmigungen über formlose Ein- oder Zweizeiler via E-Mail und in anderen Fällen über Sondernutzungserlaubnisse, (Zwischen) Nutzungsvereinbarungen oder -verträge, Gestattungsvereinbarungen, Zustimmungsbescheide inklusive Nebenbestimmungen, o. Ä. Diese werden entweder zwischen einer privaten Person oder einem zivilgesellschaftlichen Akteur und dem*r Flächeneigentümer*in geschlossen und können vom Inhalt her sehr unterschiedlich sein. Generell können sie behandeln, wie die Eigentumsverhältnisse der geschaffenen Elemente und der Fläche geregelt sind, für welche Fläche und Dauer eine Nutzungsüberlassung, Gestattung oder die Durchführung von Arbeiten genehmigt ist, wer die Verkehrssicherungs- und Unterhaltungspflicht zu erfüllen hat, wie die Haftung im Falle von Sach- und Personenschäden geregelt ist, welche Gebühren und Kosten anfallen, wer diese zu tragen hat, ob eine Abnahme zu erfolgen hat, welche fachlichen Anforderungen an die Umsetzung

der Maßnahme gelten, sowie weitere kontextabhängige Aspekte. Auch hier sollte man sich nicht abschrecken lassen und in einen offenen und ehrlichen Austausch mit den Flächeneigentümer*innen gehen, welcher in den meisten Fällen zu für beide Seiten tragbaren Vereinbarungen führen sollte.

Finanzierung

Sobald feststeht, dass eure Aktion für mehr Stadtgrün stattfinden kann, stellt sich die Frage der Finanzierung der Aktion, insbesondere, wenn viel Pflanz- oder anderes Material benötigt wird. Nachfolgend findet sich eine Übersicht potenzieller Kosten, die im Zuge der Umsetzung anfallen können, und eine Übersicht verschiedener Finanzierungsmöglichkeiten.

Umsetzungskosten

Es ist wichtig sich bewusst zu machen, dass bei der Umsetzung von mehr Stadtgrün verschiedene Arten von Kosten anfallen. Denn je nach Finanzierungsmöglichkeit, kann es sein, dass nicht alle Kostenarten gefördert werden. Deshalb solltet ihr folgende potenzielle Kosten bei der Umsetzung eurer Aktion bedenken:

- Investive Kosten (z. B. Pflanz- und Baumaterial)
- Sachkosten (z. B. Verbrauchsmaterial und Anschaffungen)
- Honorare (z. B. für externe Dienstleister)
- Reisekosten (z. B. von Unterstützer*innen)
- Personalkosten (z. B. für Mitarbeitende eurer Vereine)
- Verwaltungskosten (z. B. für administrative Aufwendungen)
- Sonstige Kosten (z. B. Gebühren)

Es gibt verschiedene Möglichkeiten die anfallenden Kosten eurer Aktion für mehr Stadtgrün zu finanzieren. Dabei wird zwischen Fördermitteln, Sponsoring und Spenden unterschieden, die jeweils auch auf bundes-, landes- oder kommunaler Ebene akquiriert werden können.

Fördermittel

Fördermittel werden auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene, zum Beispiel von Behörden wie Ministerien und Ämtern oder Stiftungen, ausgeschrieben. Antragsberechtigt sind je nach Fördermittel natürliche Personen oder juristische Personen. Deswegen ist es wichtig vor der Antragsstellung zu klären, ob eine Antragsberechtigung besteht. Sind beispielsweise nur formelle zivilgesellschaftliche Akteure, wie Vereine oder Verbände, antragsberechtigt, könnt ihr, sofern ihr nicht schon ein Verein o.ä. seid, über die Gründung eines Vereins nachdenken oder alternativ bestehende Vereine o. ä. bitten, den Fördermittelantrag für euch zu stellen.



Tipp

→ **Hier** findet ihr eine Übersicht von Fördermitteln zur Klimaanpassung. → **Hier** gelangt ihr zum Fördercheck Stadtgrün. → **Hier** könnt ihr Bürgerstiftungen, die ehrenamtliche Aktivitäten fördern, in eurer Nähe suchen. → **Hier** gelangt ihr zu den Stiftungsverzeichnissen der Bundesländer und zu weiteren Übersichten zu Stiftungen und Fördermitteln. Weitere hilfreiche Informationen zu Finanzierungsmöglichkeiten hat das Netzwerk für urbane Gemeinschaftsgärten → **hier** zusammengestellt.

Je nach Fördermittel werden unterschiedlich umfangreiche Unterlagen gefordert. Dazu zählen meistens ein Antragsformular, eine Vorhabenbeschreibung und ein Finanzierungsplan. Dabei steigen die Chancen einer erfolgreichen Antragsstellung, wenn in der Vorhabenbeschreibung die geplanten Aktivitäten ausführlich beschrieben werden und ein detaillierter Finanzplan ausgearbeitet wird. Häufig werden von gemeinnützigen Vereinen auch der aktuelle Freistellungsbescheid, Vereinsregisterauszug und die Satzung angefordert. Deswegen ist es wichtig diese Dokumente immer parat zu haben. Bei der Umsetzung von Maßnahmen im öffentlichen Raum sind auch Genehmigungen der Stadtverwaltungen einzureichen. Es macht daher Sinn die Stadtverwaltung frühzeitig in den Prozess einzubinden. Falls ihr eure Aktion mit weiteren Vereinen umsetzt, wird zumeist auch eine Kooperationsvereinbarung aller Partner verlangt. Bedenkt, dass die Antragsstellung viel Zeit in Anspruch nehmen kann, falls verschiedene Dokumente von Dritten benötigt werden oder der Fördermittelgeber hohe Anforderung oder Änderungswünsche an die Unterlagen stellt. Plant deshalb genug Zeit zwischen Antragsstellung und Umsetzung ein.

Bei vielen Fördermitteln muss ein Eigenanteil von bis zu 20% der Gesamtausgaben eingebracht werden. Außerdem wird häufig vorausgesetzt, dass in Vorkasse gegangen wird und die Kosten später erstattet werden. Beide Punkte sind vor der Antragsstellung intern zu klären.

Tipp

Manche Fördermittelgeber rechnen ehrenamtliches Engagement durch Freiwillige in Form von Stundensätzen als Eigenmittel an.

Nach erfolgreicher Antragsstellung und Umsetzung der Aktion folgt die Nachbereitung, die auch hier abhängig vom Fördermittelgeber unterschiedlich umfangreich sein kann. Die meisten Fördermittelgeber fordern beispielsweise einen Abschlussbericht sowie Belege der Ausgaben an. Es kann auch sein, dass ein Pflegekonzept gefordert wird, welches beschreibt, wie und durch wen die umgesetzten Maßnahmen in Zukunft gepflegt werden. Die Fristen zur Einreichung können dabei zeitnah nach der Umsetzung liegen. Bei Zeitdruck lohnt es sich beim Fördermittelgeber nachzufragen, ob eine Fristverlängerung möglich ist.

Je nach Fördermitteln gibt es auch Kostenarten, die nicht finanziert werden können. Aus diesem Grund lohnt es sich auch einen Blick auf alternative Finanzierungsquellen durch Spenden und Sponsoring zu schauen.



Spenden

Spenden sind freiwillige Sach- oder Geldleistungen, die ohne Gegenleistung erfolgen. Gemeinnützige Vereine und Organisationen müssen Spendengelder nicht versteuern. Geldspenden gehören zu den beliebtesten Finanzierungsquellen, da sie anders als Fördermittel zumeist an keinen bestimmten Zweck gebunden sind. Dadurch können die Gelder frei verwendet und für Kosten genutzt werden, die über Fördermittel nicht abgedeckt werden. Deswegen lohnt es sich bei der Finanzierung eurer Aktion für mehr Stadtgrün Geldspenden zu sammeln. Dafür eignen sich zum Beispiel Spendenaufrufe in der Lokalzeitung oder über die Sozialen Medien. Geldspenden können außerdem über Crowdfunding Plattformen gesammelt werden. Beim Crowdfunding ermöglichen die Vielzahl an Spender*innen die Umsetzung eines Projekts. Passende Crowdfunding Plattformen für Aktionen für mehr Stadtgrün sind beispielsweise *betterplace*, *GoFundMe* und *ecocrowd*.

Neben Geldspenden sind Materialspenden lokaler Unternehmen eine weitere Finanzierungsquelle. So können zum Beispiel Baumschulen oder Gärtnereien für Pflanzen, Dünger und Substrat angefragt werden. Für die Ausleihe von Geräten eignen sich beispielsweise Garten- und Landschaftsbaubetriebe oder die städtische Verwaltung. Letztere kann ebenfalls nach Materialspenden, wie Substrat oder Mulch, angefragt werden. Je nachdem wo ihr eure Aktion für mehr Stadtgrün umsetzt, können auch lokale Vereine oder Anwohner*innen bei Bedarf nach einem Wasser- und Stromanschluss für eure Aktionstage gefragt werden.

Sponsoring

Anders als bei Spenden sind Gelder aus Sponsoring an gewisse Bedingungen geknüpft und müssen mit der Umsatzsteuer belegt werden. Zum Beispiel ist es bei Spenden erlaubt Spender*innen namentlich zu erwähnen und deren Logo auf der Webseite abzubilden. Ist bei dem Logo allerdings ein Link zur Webseite der Spender*innen hinterlegt, handelt es sich bereits um Sponsoring, da die Sponsor*innen aktiv beworben werden. Sponsoring ist also ein öffentlichkeitswirksames Geschäft, das auf Gegenseitigkeit beruht, beispielsweise durch Werbung.

Als Sponsoren eignen sich lokale Unternehmen, die persönlich, telefonisch oder via E-Mail angefragt werden

können. Es ist wichtig ein kurzes und prägnantes Anschreiben aufzusetzen, welches die wichtigsten Informationen zu eurer Aktion für mehr Stadtgrün zusammenfasst. Dazu zählen:

- Was ist geplant?
- Wer ist beteiligt?
- Warum wird die Aktion umgesetzt?
- Wann und wo findet die Aktion statt?
- Wie wird die Aktion beworben?
- Wie kann der Sponsor die Aktion unterstützen?
- Was könnt ihr dem Sponsor als Gegenleistung anbieten?

Es ist entscheidend dem Sponsor die Gegenleistung klar aufzuzeigen. Deswegen findet ihr hier mögliche Motive des Sponsors, an die ihr appellieren könnt:

- Logo auf Flyern und Postern der Aktion oder im Internet abbilden
- Neue Zielgruppen und Kunden erreichen
- Reputation steigern
- Lokale Verbundenheit ausdrücken
- Soziale Unternehmensverantwortung zeigen
- Neues Personal rekrutieren und aktuelles motivieren

Sponsoren zu gewinnen ist deutlich erfolgsversprechender, wenn eure Aktion für mehr Stadtgrün öffentlichkeitswirksam ist und viele verschiedene Personengruppen erreicht → **siehe auch Kapitel Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**. Allerdings mag es auch Sponsoren geben, die kleinere Projekte unterstützen. Aus diesem Grund lohnt es sich zumindest eine Anfrage zu versenden.

Ist der Sponsor an einer Zusammenarbeit interessiert, kommt es meistens zu einem ersten Gespräch, um die mögliche Zusammenarbeit zu besprechen. Wenn es euch gelingt den Sponsor zu überzeugen, ist es wichtig einen Sponsoring-Vertrag aufzusetzen, welcher die Leistungen und Gegenleistungen sowie Rechte und Pflichten beider Seiten klar beschreibt. Der Sponsoring-Vertrag sollte im Vorfeld von einem Rechtsanwalt oder Steuerberater geprüft werden, um steuerrechtliche Fehler zu vermeiden. Sponsoring ist also ein mehrstufiger Prozess, bei dem es einiges zu beachten gibt. Aus diesem Grund gibt dieses Handbuch nur einen generellen Einblick in das Thema.

Freiwilligen-Agentur Halle akquiriert Fördermittel, Spenden und Sponsoring für die Pflanzung eines Tiny Forest

Im November 2024 konnte die Freiwilligen-Agentur Halle zu ihrem 25-jährigen Jubiläum mit zahlreicher Unterstützung einen Tiny Forest anlegen, für den sie sowohl Fördermittel, Spenden als auch Sponsoren akquirieren konnte. Während private Spenden und Fördermittel der Stiftung Umwelt, Natur- und Klimaschutz des Landes Sachsen-Anhalt die über 1.000 Bäume und Sträucher finanzieren konnten, haben Sponsoren wie Kaufland und das Technische Hilfswerk die Pflanzaktion logistisch mit Essen und Trinkwasser unterstützt. Die Abteilung Grünflächenpflege der Stadt bereitete die Fläche und Pflanzlöcher vor, sodass der Tiny Forest unter tatkräftiger Unterstützung kleiner und großer Helfer*innen binnen weniger Stunden gepflanzt werden konnte.



Abbildung 8: Ein Informationsschild am Tiny Forest der Freiwilligen-Agentur Halle informiert über die Förderer, Spender*innen und Unterstützer*innen der Pflanzaktion
© Nicole Wozny, 2024

Umsetzen

Ist die Planung eurer stadtgrünfördernden Aktion abgeschlossen, folgt mit der Umsetzung der spannendste Teil, bei dem zusammen angepackt wird und erste Ergebnisse sichtbar werden. Für den Fall, dass ihr eine etwas größere Aktion umsetzt, folgen nachfolgend noch einige Tipps zur Prozessgestaltung, zu etwaigen aufkommen den rechtlichen Fragen und, sofern gewünscht, zur Öffentlichkeitswirksamkeit eurer Aktion.

Prozessgestaltung

Gerade wenn wir ihr eine größere Aktion umsetzt, bei der beispielsweise mehrere Maßnahmen umgesetzt werden oder viele Helfer*innen dabei sein werden oder die sich womöglich über mehrere Tage erstreckt, wird es relevant den Überblick zu behalten, zu koordinieren und für angenehme Rahmenbedingungen für alle zu sorgen. Zudem sollten einige Punkte bedacht werden, die während der Aktion eine Rolle spielen könnten.

In einem ersten Schritt kann es hilfreich sein einen detaillierten **Zeitplan** aufzustellen. Dabei könnt ihr euch an folgenden Leitfragen orientieren:

- Wie viele Tage plant ihr für eure Aktion ein?
- An welchen Tagen möchtet ihr welche Maßnahmen umsetzen?
- Um wieviel Uhr beginnt und endet eure Aktion?
- Wann müsst ihr ausgeliehene Geräte abholen und zurückgeben?
- Wann werden Materialien wie Pflanzen oder Substrat geholt oder geliefert?
- Ab wann sollen die Helfer*innen kommen?

Im Anschluss ist es wichtig die Prozessverantwortung und Koordination festzulegen, d.h. wer welche Aufgaben übernimmt.

Je nachdem wie groß ihr eure Aktion aufziehen möchtet, kann es ratsam sein zusätzliche **Helfer*innen** für die Aktion zu gewinnen → **siehe auch Kapitel Motivieren**. Bedenkt eure Aktion spätestens einen Monat vorher zu bewerben, damit sich potenzielle Helfer*innen darauf einstellen können. Es lohnt sich als Erinnerung kurz davor erneut Werbung zu machen. So erreicht ihr mitunter auch noch kurzfristig interessierte Personen.

Solltet ihr eine größere Aktion mit vielen Helfer*innen umsetzen, darunter womöglich auch Kinder und Jugendliche, ist eine **koordinierte Aufgabenverteilung** wichtig, damit kein undurchsichtiges Durcheinander entsteht, in dem manche Helfer*innen nicht wissen, was sie machen sollen. Hier ist es empfehlenswert Gruppen zu bilden, die verschiedene Aufgaben bekommen. Dabei können weitere Mittel, wie Koordinierungen durch Farben, ein Durcheinander vermeiden. Bei-

spielsweise können Sträucher einer bestimmten Sorte mit einer Farbe markiert werden und die Pflanzlöcher, in die sie gepflanzt werden sollen mit der gleichen Farbe, sodass die Helfer*innen eigenständig vorgehen können.

Ihr benötigt für eure Aktion verschiedene **Materialien** wie Pflanzen und Substrate sowie **Werkzeuge** und **Geräte**. Erstellt deshalb eine Liste aller benötigten Materialien, Werkzeuge und Geräte. Diese könnt ihr fortlaufend aktualisieren und abhaken, damit ihr nichts vergesst. Beginnt spätestens einen Monat vor eurer Aktion Materialien, Werkzeuge und Geräte zu beschaffen, zu bestellen oder Ausleihmöglichkeiten zu prüfen, da es zu längeren Lieferzeiten kommen kann. Am besten eignen sich lokale Unternehmen wie Baumschulen und Baumärkte. Auf diese Weise sind die Transportwege kurz und es wird weniger CO₂ ausgestoßen. Außerdem unterstützt ihr damit die Wirtschaft in eurer Kommune. In vielen Kommunen gibt es Unternehmen wie Garten- und Landschaftsbaubetriebe oder Werkstätten, bei denen ihr Werkzeuge und Geräte ausleihen könnt. Dies spart Geld und schont die Umwelt. Manche Unternehmen sind auch daran interessiert gemeinnützigen Aktionen Materialien, Werkzeuge und Geräte zu spenden. Je nachdem welche Geräte ihr verwenden möchtet, benötigt ihr auch einen Stromanschluss. Informiert euch deswegen frühzeitig, ob ihr in der Nähe der Fläche einen städtischen oder privaten Stromanschluss verwenden dürft. Alternativ könnt ihr auch Anwohner*innen fragen, ob ihr deren private Stromanschlüsse nutzen dürft.

Tipp

Leiht euch Geräte und Werkzeuge bei städtischen Eigenbetrieben, Garten- und Landschaftsbaufirmen, nachbarschaftlichen Leihläden oder beim Gemeinschaftsgarten in der Nähe aus.

Je nachdem welche Maßnahmen ihr während eurer Aktion für mehr Stadtgrün umsetzen möchtet, ist es notwendig Menschen mit **Fachexpertise** in gewissen Bereich anzufragen. Dies ist vor allem relevant, wenn ihr und eure Unterstützer*innen nicht alle relevanten Fähigkeiten abdecken könnt. Zum Beispiel sollte eine Regentonne auf dem Gehweg durch eine*n Spezialist*in am Gebäude befestigt werden. Plant in diesem Fall Budget für Dienstleister in eurem Finanzplan ein und fragt sie frühzeitig an. Es lohnt sich auch im Freundes-, Familien- und Bekanntenkreis oder unter Nachbar*innen nach Menschen mit Fachexpertise nachzufragen. Vielleicht finden sich so Fachkräfte, die euch umsonst unter die Arme greifen oder gegen eine kleine Aufwandsentschädigung.

Eine Aktion für mehr Stadtgrün umzusetzen, geht zumeist mit körperlicher Arbeit einher. Deshalb solltet ihr für euch und eure Unterstützer*innen **Verpflegung** anbieten. Wie ihr sie bereitstellt, hängt ganz von eurem Budget und Präferenzen ab. Bedenkt bei der Auswahl der Verpflegung auch die Bedürfnisse von Vegetarianer*innen, Veganer*innen und Allergiker*innen. Platziert die Verpflegung am besten in der Nähe eurer Aktion. So können eure Unterstützer*innen sich stärken, wann immer sie wollen. Erfahrungen haben gezeigt, dass Aktionen mit Kuchen und anderen Snacks mehr Spaß machen und attraktiver sind, da das gemeinsame Essen Austausch- und Kennenlernmomente schafft.

Wenn ihr bei eurer Aktion für mehr Stadtgrün Bepflanzungen vornehmt, ist es zudem wichtig die Jahreszeiten zu berücksichtigen. Sträucher und Bäume pflanzt ihr am besten im Herbst, während essbare Pflanzen eher im Frühjahr ausgesät oder gepflanzt werden sollten. Achtet bei der Pflanzenauswahl zudem auf standortgerechte und heimische Arten, da sie am besten an die lokalen Bedingungen angepasst sind. Wenn ihr dir bei eurer Auswahl unsicher seid, könnt ihr lokale Baumschulen oder Gärtnereien um Rat fragen. Nach der Pflanzung ist es außerdem notwendig die Pflanzen ausreichend zu wässern. Informiert euch deshalb, ob ihr in der Nähe eurer Aktion einen Wasseranschluss nutzen dürft. Im

besten Fall nutzt ihr Regenwasser. Dafür könnt ihr wie beim Stromanschluss die Stadtverwaltung oder Nachbarschaft um Hilfe bitten.

Zuletzt ist es notwendig den Ort eurer Aktion für mehr Stadtgrün sauber und ordentlich zu hinterlassen. Zum Beispiel werden wahrscheinlich **Abfälle** anfallen, wie Pflanztöpfe, abgetragene Erde, Verpackungen oder Grünschnitt. Informiert euch daher nach Orten, an denen die Abfälle entsorgt werden können. Dazu zählen zum Beispiel Recyclinghöfe oder Entsorgungsunternehmen. Bedenkt, dass durch die Entsorgung womöglich weitere Kosten anfallen.



Materialspende der Stadt Halle für stad-
grünfördernde Maßnahmen in Halle Neustadt.
© Niklas Müller, 2024

Rechtliche Aspekte

Auch bei eurer stadtgrünfördernden Aktion müssen potenziell einige rechtliche Fragen berücksichtigt werden. An erster Stelle steht die Frage des Versicherungsschutzes im Falle von **Unfällen oder unbeabsichtigten Sachbeschädigungen**. Wie im Abschnitt **Sicherheit** beschrieben, ist es möglich, dass die Gemeinde oder Stadt Sammel-Haftpflicht- und Unfallversicherungen für ehrenamtliches Engagement abgeschlossen hat, so dass auf diese im Notfall zurückgegriffen werden kann. Liegen solche Sammelversicherungen nicht vor, kann es, je nachdem welche und wie viele Maßnahmen mit wie vielen Leuten umgesetzt werden, sinnvoll sein, temporäre Versicherungen abzuschließen. Sind beispielsweise Kinder und Jugendliche bei der Umsetzung dabei, besteht der Bedarf umso mehr. Zivilgesellschaftliche Organisationen besitzen oftmals bereits Versicherungen, über die ihre Ehrenamtlichen oder die Teilnehmenden von Veranstaltungen versichert sind, sodass mit ihnen als Hauptorganisatoren ggf. auch Versicherungsschutz bestehen kann. Alternativ kann man für eine bestimmte Anzahl von Teilnehmenden tagesweise Gruppen-Unfall- und Haftpflichtversicherungen abschließen, die auch ehrenamtliches Engagement abdecken, von Privatpersonen, Vereinen oder Verbänden abgeschlossen werden können und kostentechnisch im zweistelligen oder im unteren dreistelligen Bereich liegen. Diese Versicherungen können auch Versicherungsschutz im Falle von Umweltschäden beinhalten, wenn beispielsweise aus Versehen Schäden an Böden oder Gewässern erfolgen. Genauso können tagesweise KFZ-Versicherungen für eigene oder geliehene Fahrzeuge abgeschlossen werden, falls diese beispielsweise zum Transport von Materialien zweitweise benötigt werden.

Je nachdem wie ihr eure Aktion gestaltet und wenn diese auf einer Fläche der öffentlichen Hand stattfindet, kann es zudem notwendig sein eine **Veranstaltungserlaubnis** bei der Stadt oder Gemeinde beantragen zu müssen. Denn Veranstaltungen, die auf öffentlichen Straßen, Gehwegen, Plätzen, Höfen, etc. stattfinden, bedürfen einer Genehmigung. Dies wird zum Beispiel der Fall sein, wenn ihr eine größere Mitmachaktion plant, die der Öffentlichkeit offensteht und/oder wenn ihr dabei auch etwas Rahmenprogramm mit Vorträgen, Workshops, o. Ä. plant. Diese Anträge erfolgen oftmals über Veranstaltungsanmeldungsformulare und Lagepläne, die sich auf den Webseiten des zuständigen Bereichs (z. B. Ordnungsamt, Straßen- und Grünflächenamt,

etc.) finden oder angefragt werden können. In der Regel werden Veranstaltungsgebühren erhoben aber als bürger- oder zivilgesellschaftliche Initiative kann aufgrund des nicht kommerziellen Zwecks der Veranstaltung ein Gebührenerlass beantragt werden.

Zuletzt solltet ihr daran denken, dass wenn ihr bei eurer Umsetzungsaktion Fotos und Videos macht und diese beispielsweise auf Social Media verbreiten wollt, **Einverständniserklärungen** von den auf den Bildern und Videos zu sehenden Menschen einzuholen sind.



Die Freiwilligen-Agentur Halle informiert über Foto- und Filmaufnahmen bei ihrer Aktion zur Pflanzung eines Tiny Forest.
© Nicole Wozny, 2024

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Sofern ihr eine öffentlichkeitswirksame Aktion vorseht, gibt es viele verschiedene Kommunikationswege, um eure Aktion für mehr Stadtgrün in die breite Öffentlichkeit zu tragen und Freiwillige für die Umsetzung zu gewinnen. Hierfür benötigt ihr Texte und Bilder zur Bewerbung eurer Aktion. Eure Texte sollten kurz und prägnant die folgenden W-Fragen beantworten:

- Was ist geplant?
- Wer ist beteiligt?
- Warum wird die Aktion umgesetzt?
- Wann und wo findet die Aktion statt?
- Wie kann die Aktion unterstützt werden?

Diese Informationen könnt ihr auf Bildern zur Bewerbung einfügen. Zur Erstellung der Bilder könnt ihr zum Beispiel die kostenlose Software Canva nutzen. Wenn ihr eure Texte und Bilder vorbereitet habt, könnt ihr sie über verschiedene Kommunikationswege zur Bewerbung und zur Kommunikation eurer Aktion nutzen.

Messenger

Messenger wie WhatsApp und Telegram eignen sich, um eure Aktion im Bekannten- und Freundeskreis zu bewerben. Um weitere Personen zu erreichen, könnt ihr auch nach lokalen WhatsApp- oder Telegram-Gruppen Ausschau halten. Auf diese Weise könnt ihr eure Aktion auch über euren Bekanntenkreis hinaus bewerben.

Soziale Medien

Soziale Medien eignen sich auf vielfältige Weise für die Bewerbung eurer Aktion. Zum Beispiel könnt ihr eure Aktion in lokalen oder themenspezifischen Facebook-Gruppen posten. Eine weitere Möglichkeit besteht darin lokale Influencer oder bekannte Persönlichkeiten für eure Aktion zu gewinnen. Wenn diese über eure Aktion berichten oder sogar selbst vorbeikommen, kann dies die Aufmerksamkeit deutlich erhöhen und weitere Freiwillige anlocken. Ansonsten eignen sich auch eure eigenen Kanäle für die Verbreitung eurer Aktion.

Lokale Vereine , Organisationen und Netzwerke

Erzählt lokalen Vereinen und Organisationen von eurer Aktion und fragt nach, ob sie diese über ihre Kanäle streuen können oder selbst teilnehmen möchten. Lokale Vereine und Organisationen sind vor Ort meist gut vernetzt und eine gute Möglichkeit weitere Freiwillige zu finden. Beispielsweise gibt es in vielen Städten Freiwilligen-

Agenturen. Zudem können lokale Verteiler und Netzwerke genutzt werden, in denen Neuigkeiten zum Beispiel über Veranstaltungen geteilt werden können.

Zeitungen, Radio und TV

Es lohnt sich eine Pressemitteilung zu schreiben und sie an lokale Zeitungen, Radiosender und TV-Kanäle zu senden. Eine Pressemitteilung sollte ausführlicher sein als der oben genannte Bewerbungstext aber auch die W-Fragen beantworten. Außerdem sollte sie überzeugend sein, damit Pressevertreter*innen es als lohnend empfinden über eure Aktion zu berichten.

Flyer und Poster

Das Verteilen von Flyern und Posten in eurer Stadt bzw. Nachbarschaft kann ebenfalls zur Bewerbung eurer Aktion genutzt werden. Dabei sind aber die Kosten für den Druck zu beachten. Falls ihr das Design eurer Flyer und Poster nicht selbst gestaltet, fallen zusätzliche Kosten für ein*n Grafikdesigner*in an.

Nach der Umsetzung eurer Aktion geht es darum die umgesetzten Maßnahmen und deren Vorteile nach außen zu tragen und zu verstetigen. Dafür gibt es verschiedene Wege. Eine simple Methode ist zum Beispiel Informationsschilder zu errichten, um Informationen dauerhaft zur Verfügung zu stellen und Passant*innen anzusprechen. Der Vorteil von Informationsschildern ist, dass sie personelle Ressourcen nur in der Erstellung benötigen und höchstens im Falle von Vandalismus oder Verschleiß ausgewechselt werden müssen. Euer Informationsschild könnte zum Beispiel über die Nutzung und Pflege der umgesetzten Maßnahmen aufklären. Außerdem sollte es Informationen zur Kontaktaufnahme bereitstellen, damit euch interessierte Bürger*innen im Falle von Fragen oder Anregungen kontaktieren können. Vielleicht finden sich dadurch Freiwillige, die euch bei der Pflege der umgesetzten Maßnahmen oder zukünftigen Aktionen unterstützen möchten.

Informationen können außerdem in einem kleinen Briefkasten vor Ort und falls vorhanden auf eurer Webseite bereitgestellt oder über die oben genannten Kanäle verbreitet werden. Ihr könnt auch lokale Netzwerktreffen oder Veranstaltungen, wie beispielsweise kommunale Umwelttage, nutzen, um über eure Aktion und die umgesetzten Maßnahmen zu berichten. Zuletzt lohnt es sich abermals auf lokale Medien zuzugehen. Selbst wenn sie

eure Aktion nicht beworben haben, sind sie womöglich daran interessiert über die umgesetzten Maßnahmen zu berichten. Auf diese Weise könnt ihr noch mehr Menschen aus eurer Kommune auf eure Aktion aufmerksam machen und möglicherweise als Inspiration für zukünftige Aktionen wirken.



Erfolgsfaktoren

So leicht es in manchen Orten sein kann kleine stadtrünfördernde Maßnahmen auf öffentlichen Flächen in der eigenen Nachbarschaft umzusetzen, so schwierig kann es mancherorts oder je nach Maßnahme auch werden. Besonders an Orten, in denen Bürger*innen und Zivilgesellschaft bislang kaum stadtrünfördernde Maßnahmen auf Eigeninitiative auf öffentlichen Flächen umgesetzt haben, kann es passieren, dass nicht alles direkt wie erwartet läuft – denn aller Anfang ist schwer. Nachfolgend geben wir zusammenfassend Hinweise zu hilfreichen Rahmenbedingungen für jene Fälle, in denen auf dem Weg zur Umsetzung der Aktion Widerstände auftauchen bzw. um diese von vornherein zu verhindern.

Genügend Zeit einplanen

Eine Aktion für mehr Stadtgrün kostet Zeit, und zwar nicht nur für die reine Umsetzung. Auch der Planung, Vorbereitung und Nachbereitung sollten ausreichend Kapazitäten eingeräumt werden. In der Planung betrifft dies Aspekte wie die Suche nach Unterstützer*innen und einer geeigneten Fläche, die Akquirierung von Geldern und allem voran das Einholen der Erlaubnis bei den Flächeneigentümer*innen. Bei der Vorbereitung sollten u.a. die Detailplanung der Maßnahmen, die Bewerbung der Aktion, der Erwerb bzw. die Ausleihe von Materialien und Geräten sowie die Einholung von Genehmigungen und die damit zusammenhängenden, teils trägen, Kommunikationsschleifen mit den Flächeneigentümer*innen mitbedacht werden. Die Nachbereitung beinhaltet Punkte wie die langfristige Pflege der umgesetzten Maßnahmen und die Berichterstattung an Fördermittelgeber und Sponsoren. Startet also früh genug mit der Planung eurer Aktion und plant Zeitpuffer ein. So gelingt euch eine erfolgreiche Umsetzung.

Flächeneigentümer*innen frühzeitig einbinden

Identifiziert frühzeitig alle relevanten Abteilungen bzw. Ansprechpersonen in der Stadt- oder Gemeindeverwaltung bzw. etwaige Flächeneigentümer*innen. Besprecht mit ihnen eure Ideen für mehr Stadtgrün und die bestehenden Möglichkeiten auf der anvisierten Fläche bzw. fragt nach geeigneten Flächenalternativen. Die direkte Einbindung zuständiger Verwaltungsangestellter beschleunigt die Einholung von Genehmigungen und





vermeidet spontane Änderungswünsche. Ein freundlicher und zuvorkommender Umgang kann sogar dafür sorgen, dass euch die Stadtverwaltung aktiv bei eurer Aktion unterstützt.

Mit einer weniger anspruchsvollen Fläche beginnen

Solltet ihr in einem Ort leben, in dem es bislang kein oder wenig stadtgrünförderndes Engagement von Bürger*innen oder Zivilgesellschaft auf öffentlichen Flächen gab, ist es sinnvoll zunächst solche Flächen in den Blick zu nehmen, die weniger Nutzungskonflikte verursachen können oder an die für eine Maßnahmenumsetzung weniger Anforderungen bestehen. Vermeidet daher beispielsweise zentrale Plätze, Gehwege oder Straßenbegleitgrün an stark frequentierten Straßen oder Parkplätzen und beginnt lieber mit der Aufwertung bestehender Grünflächen oder sonstigen Flächen in eher ruhigeren Ortsteilen mit weniger kritischer und stark frequentierter Infrastruktur.

Unterstützer*innen finden

Zusammen könnt ihr mehr erreichen und dabei viel Spaß haben. Deswegen lohnt es sich von Beginn an Unterstützer*innen für eure Stadtgrün-Aktion zu suchen. Besonders wertvoll sind Personen, die lokal gut vernetzt sind, da sie womöglich weitere Freiwillige motivieren können. Vielleicht gibt es sogar Menschen mit gärtnerischem oder handwerklichem Geschick oder mit Erfahrung in der Einwerbung von Geldern in deiner Nachbarschaft. Da die Planung einiges an Zeit kostet und verschiedene Aufgaben anfallen, könnt ihr durch die Verteilung von Verantwortlichkeiten untereinander die Arbeitslast auf mehrere Schultern verteilen. Dabei sind regelmäßige Treffen zum Austausch von Zwischenständen und neuen Entwicklungen empfehlenswert.

Kosten- und Logistikplanung

Während der Planung eurer Aktion für mehr Stadtgrün lohnt es sich eine To-Do-Liste zu führen und einen detaillierten Kosten- und Materialplan aufzustellen. Plant außerdem einen kleinen finanziellen Puffer für spontane Anpassungen ein. Indem ihr die Dokumentation eures Vorhabens laufend aktualisiert, behaltet ihr den

Überblick. Dazu zählt auch, dass ihr von Beginn an alle Rechnungen und Zahlungsbelege einheitlich aufbewahrt, sodass ihr für etwaige Berichterstattungen an Fördermittelgeber oder Sponsoren später darauf zugreifen könnt.

Solltet ihr die Erfahrung machen, dass in eurem Ort die Steine für mehr Stadtgrün auf öffentlichen Flächen durch die Bevölkerung nur langsam ins Rollen kommen und Flächenanfragen und Genehmigungsprozesse sehr lange dauern oder sogar mit negativem Ergebnis enden, ermutigen wir euch euren Stadt- oder Gemeindeverwaltungen ein Feedback zum Prozess und womöglich Empfehlungen zur Vereinfachung oder Ermöglichung eines solchen Engagements der Bevölkerung zu geben. Denn letztlich wollt ihr eurer Stadt etwas Gutes tun und euch aktiv an der Gestaltung eurer Nachbarschaft beteiligen. Oftmals sind es Vorurteile und fehlende Erfahrungen im Umgang mit ähnlichen Anfragen, die die Verwaltungsmitarbeitenden skeptisch oder übervorsichtig werden lassen. Zeigt ihnen, dass ihr gut durchdacht an das Vorhaben geht und nach der Umsetzung nicht aus der Welt seid. Macht zudem auf erfolgreiche Beispielen zu naturbasierten Lösungen und zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements zu städtischem Grün aus anderen Orten aufmerksam. Die Beispiele und weiterführenden Links aus diesem Handbuch können dafür eine Hilfe sein.



Pflegen

Für den dauerhaften Erhalt und die volle Wirkungsentfaltung eurer umgesetzten naturbasierten Lösungen, ist es von zentraler Bedeutung die langfristige Pflege von Beginn an mitzudenken. Denn Maßnahmen können noch so gut umgesetzt werden, doch wenn sich niemand darum kümmert ist der Erfolg und die Freude nur kurzweilig. Die Pflege ist ein aktiver Prozess, der kontinuierliches Engagement bedarf. Es gilt Qualität vor Quantität. Besonders für naturbasierte Lösungen ist diese Langlebigkeit von hoher Priorität, denn der Klimawandel lässt es schwer zu, dass man mehrere Anlaufversuche unternimmt. Die Pflege kann dabei auch eine Aktivität des Zusammenkommens und voneinander Lernens sowie gegenseitiger Unterstützung sein.

Je nach naturbasierter Lösung fallen unterschiedliche Pflegemaßnahmen an. Zu Pflegemaßnahmen gehören unter anderem Pflanzenzuschnitt, Mahd, Unkraut jäten, Nachsäen oder -pflanzen, Bewässerung, Düngung, Entsorgung von Grünabfällen, Säuberung sowie die Reparatur und Wartung begleitender Elemente.

Pflege durch Bürger*innen

Wenn auch die Flächeneigentümer*innen für die Pflege zuständig sind, können Pflegeaktivitäten auch von Bürger*innen und der Zivilgesellschaft übernommen werden. Gerade bei Flächen in öffentlicher Hand kommen Pflegemaßnahmen immer wieder zu kurz, wenn es in Kommunen an finanziellen oder personellen Ressourcen fehlt. Umso mehr wird ehrenamtliches Engagement und die Bereitschaft zu helfen benötigt.

Die einfachste Option öffentliches Stadtgrün zu pflegen ist es einfach zu machen. Als Stadtbewohner*in lassen sich besonders leichte Pflegemaßnahmen relativ unkompliziert durchführen. So kann man beispielsweise in seiner Nachbarschaft Pflanzenkübel oder Bäume gießen, Müll auf Grünflächen sammeln oder Unkraut in der eigens umgesetzten Maßnahme jäten. Durch diese kleinen Aktionen werden andere Menschen umso mehr aufmerksam auf die Wichtigkeit der gemeinschaftlichen Pflege und Verantwortungsübernahme für den geteilten Raum und bringen sich potenziell mehr ein. Auf verschiedenen Garten- oder Naturschutzwebseiten lassen sich dafür hilfreiche Tipps zu Pflegemaßnahmen finden.

Patenschaften

Eine formellere Option des ehrenamtlichen Engagements zur Pflege von Stadtgrün sind Patenschaften. Diese werden in der Regel zwischen der Stadt- oder Gemeindeverwaltung und der Person oder Gruppe, die die Pflege durchführen will, vereinbart. Jede*r kann eine Patenschaft übernehmen. Hierfür werden meist Patenschaftsvereinbarungen abgeschlossen. Die Pflege erfolgt dabei in den meisten Fällen auf eigene Kosten. In manchen Fällen enthält eine Patenschaft aber auch nur eine Spende, beispielsweise für einen bestehenden oder den Kauf eines neuen Baums, sodass mit der Patenschaft keine Pflegeaktivität verknüpft ist. Oftmals gibt es für eine Patenschaft ein kleines Dankeschön, wie eine personalisierte Plakette am „eigenen“ Baum oder eine Urkunde. Verschiedene Städte bieten dabei unterschiedliche Patenschaftsmodelle an, von denen einige nachfolgend vorgestellt werden. Insgesamt gilt, dass eine Patenschaft abhängig der eigenen zeitlichen Kapazitäten und Möglichkeiten ausgewählt werden sollte. Städte freuen sich in der Regel über jedes Engagement und sind hilfsbereite Ansprechpartner bei Unsicherheiten. In diesem Sinne könnt mit der Stadt besprechen, dass ihr eine Pflegepatenschaft für eure umgesetzten Maßnahmen übernimmt.

Bei Gießpatenschaften übernimmt die Stadtbevölkerung die Bewässerung von Stadtbäumen und in manchen Fällen auch weitere Aufgaben, der Fokus liegt meist jedoch auf der Bewässerung von Jungbäumen vom Frühjahr bis zum Herbst, insbesondere während Trockenphasen. Hierfür erhält man von der Verwaltung meist Bewässerungstipps bzw. werden diese wie beispielsweise in [→ Berlin](#) von der Verwaltung für alle Bürger*innen abrufbar online zur Verfügung gestellt. In Berlin wurde zudem die [→ interaktive Karte](#) „Gieß den Kiez“ ins Leben gerufen, die die Standorte aller Stadtbäume, ihr Alter und ihren Wasserbedarf aufzeigt, wodurch Bürger*innen im Sinne des „einfach machen“ Bäume mit Bewässerungsbedarf identifizieren und gießen können. Jenseits offizieller Gießpatenschaften können sich auch in anderen Städten mittels verschiedenster Plattformen Menschen zu Gießgruppen zusammenfinden.

Ähnlich zu Gießpatenschaften gibt es in manchen Orten Baumpatenschaften bzw. Baumscheibenpatenschaften. Wie oben beschrieben, umfassen Baumpatenschaften in manchen Städten nur eine Spende für einen Baum. Sind mit der Patenschaft Pflegeaktivitäten verbunden, wird

der Baum durch die Betreuung nicht nur gegossen, sondern auch von Unkraut und Müll befreit, auf Schädlinge überprüft sowie bei Schadensfällen an das Grünflächenamt gemeldet. Dabei kann man sich beim Grünflächenamt melden und nach offenen Patenschaften fragen oder sich direkt für einen konkreten Baum bewerben. Bei Baumscheibenpatenschaften können zudem Bepflanzungen um den Baum herum durchgeführt werden, um die Fläche noch weiter aufzuwerten. → [Hier](#) findet man am Beispiel der Stadt Nürnberg eine gute Übersicht über die Vorteile der Patenschaften und auch Bepflanzungsempfehlungen.

Als weiteres Patenschaftsmodell bieten einige Städte Grünflächenpatenschaften an, bei denen bestimmte öffentliche Flächen betreut werden. Das können beispielsweise Flächen in Parks, Blumenbeete, Blühstreifen oder Grünflächen auf Plätzen sein. Pflegemaßnahmen können Bodenlockerungen, Bewässerung, Unkraut jäten, Bepflanzungen, das Entfernen von Müll, die Meldung von Schädlingen und Schäden oder die generelle Instandhaltung der Fläche, wie das Steichen von Zäunen, umfassen. Für größere Maßnahmen, wie das Rückschneiden von Bäumen oder Reparieren von Zäunen, ist die Stadt verantwortlich. Die Stadt Aachen hat bspw. einen → [Aufruf für Grünflächenpatenschaften](#) auf ihrer Webseite veröffentlicht.

Einige Städte bieten auch speziell Beet- oder Pflanzkübelpatenschaften an, bei der die Paten die Pflege eines begrüneten Kübels oder eines bestimmten Beets in der Stadt übernehmen. Die Pflege ist sehr ähnlich zu den bereits genannten Beispielen. Solche Patenschaften werden beispielsweise in → [Frankfurt](#) und in → [Kiedrich](#) angeboten.

Berliner Verein GreenKiez übernimmt Pflege einer Promenade

In 2022 hat der Nachbarschaftsverein GreenKiez auf Eigeninitiative die Pflege eines Teils der Bänischpromenade im Berliner Bezirk Friedrichshain übernommen. Hierfür wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Straßen- und Grünflächenamt Friedrichshain-Kreuzberg und GreenKiez abgeschlossen, die die Pflegeaktivitäten von GreenKiez auf ca. 350 m² der Promenade regelt. So führt der Verein jeden Frühling einen Frühjahrsputz mit Fokus auf der Entfernung verblühter Staudenstängel vom Vorjahr durch, jätet monatlich bis August Unkraut, sammelt Laub unter Sträuchern als Lebensraum und Düngung im Herbst zusammen und bewässert bei Bedarf neue Pflanzen. Nachbar*innen und umliegende Schulen beteiligen sich dabei bei den verschiedenen Pflegeaktivitäten.



Abbildung 9: Ein Teil der vom Berliner Verein GreenKiez gepflegten Bänischpromenade
© Nicole Wozny, 2024



Bildung und Sensibilisierung

Neben Pflegeaktivitäten selbst ist es auch sinnvoll generell auf das Thema Pflege des Stadtgrüns aufmerksam zu machen und Berührungspunkte zu schaffen.

Die → **Grundschule am Planetarium in Berlin** hat beispielsweise eine Arbeitsgemeinschaft aus Schüler*innen, Eltern, Lehrkräften und Sozialarbeiter*innen gegründet, die gemeinsam den Schulgarten pflegen. Auf diese Weise kann Pflege Sensibilisierungsmöglichkeiten schaffen und durch partizipative Formate gemeinschaftliche Events schaffen. Pflegeaktivitäten lassen sich beispielsweise gut als Aktionstage umsetzen, wie ein Frühjahrsputz für das Stadtgrün in der Nachbarschaft, Laubsammeltage, Müllsammelaktionen. Dabei lassen sich auch Bildungselemente einbauen, z. B. Pflanz- oder Insektenbestimmungen oder Vogelbeobachtungen. Durch diese Möglichkeiten können Menschen dazu inspiriert werden, sich für einen guten Zweck zu engagieren und gleichzeitig erste Berührungspunkte mit Umweltthemen haben. Ideen für Bildungselemente und –materialien zur Nutzung bei Pflegeaktivitäten findet man beispielsweise auf den Webseiten vom → **NABU** und → **BUND**.

Pflege durch Stadt

Solltet ihr keine Kapazitäten für die langfristige Pflege eurer umgesetzten naturbasierten Lösungen haben, könnt ihr die Stadt fragen, ob diese die Pflege übernehmen kann. Denn im Grunde sind die Grünflächenämter der Städte und Gemeinden für alle Grünflächen und Stadtbäume in öffentlicher Hand zuständig. Hierfür werden in den Haushalten Budgets eingeplant. Wie bereits geschrieben, sind viele Verwaltungen jedoch auch bei der Pflege mit nicht ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen konfrontiert, sodass selbst neue kleine Grünflächen in manchen Fällen eine Belastung darstellen können. Daher ist es wichtig bereits während der Planung eurer Maßnahmen mit dem Grünflächenamt oder sonstigen Flächeneigentümer*in offen zu besprechen, wer die Pflege übernimmt und wie womöglich auch Zwischenlösungen gefunden werden können.

Pflege durch Dritte

Zuletzt besteht die Möglichkeit Pflegeaktivitäten auch an Dritte abzugeben. Solltet ihr beispielsweise ausreichend Spenden oder Fördermittel eingetrieben haben, könnt ihr diese auch für die mehrjährige Pflege einplanen und Garten- und Landschaftsbaubetriebe oder selbstständige Gärtner*innen o. ä. mit der Pflege für einen bestimmten Zeitraum beauftragen. Denn bei neuer Begrünung sind besonders die ersten Jahre die Zeit, in der Pflanzen mehr Aufmerksamkeit benötigen. Weitere Möglichkeiten sind, dass ihr beispielsweise auf lokal angrenzende Einrichtungen, wie Schulen, Kitas oder Nachbarschaftszentren zugeht. Liegt eure umgesetzte Maßnahme direkt vor ihrer Tür, können beispielsweise Schulklassen gefragt werden, ob sie sich um euer erschaffenes Beet, begrüntes Parklet, etc. kümmern wollen. Im Idealfall bindet ihr sie bereits in die Planung und Umsetzung der Maßnahme ein, sodass ihre Motivation zur Pflege umso größer ist.

Das Projekt Grünpaten des Green City e.V. und der Landeshauptstadt München

Der Münchener Verein **Green City** initiiert über sein Projekt „Grünpaten“ nicht nur Grünflächenpatenschaften, sondern koordiniert als Schnittstelle Patenschaften mit der Stadt und den Paten*innen. Ziel ist es Bürger*innen zu mobilisieren sich für das vorhandene und kommende Stadtgrün einzusetzen. Der Verein arbeitet dabei eng mit dem Baureferat Gartenbau zusammen. In ihrer Toolbox stellen sie Pat*innen wertvolle und wichtige Hinweise zur Verfügung, beispielsweise wie sie eine Baumscheiben-Pflanzaktion organisieren können.

Literaturverzeichnis

Behr, S., Brunstering, M., Stottmeister, K., & Wrobel, S. (2021). NaturErlebnisRäume – natürlich sicher. (N. e.V., Hrsg.) –Natur & Garten, 2021(3).

BMUV. (o.J.). Was ist Stadtnatur im Sinne des Masterplans? Von <https://www.bmuv.de/faq/was-ist-stadtnatur-im-sinne-des-masterplans> abgerufen.

Die Bayerische. (o.J.). Ist Urban Gardening im öffentlichen Raum erlaubt? Abgerufen am 17.02.2025 von Die Bayerische: <https://www.diebayerische.de/ratgeber/ist-urban-gardening-erlaubt/>.

Fischer, I., Wockenfuß, J., & Ortmann, A. (2014). Der Garten von nebenan – Leitfaden zur Begrünung im öffentlichen Raum. Berlin: GRÜNE LIGA Berlin. Von https://www.grueliga-berlin.de/wp-content/uploads/2018/03/Gruene-Liga-Berlin-Leitfaden_Garten-von-nebenan_2014.pdf abgerufen.

Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. (2025). Klima engagiert in Halle. Abgerufen am 17.02.2025 von <https://engagiert-in-halle.de/klima>.

Green Kiez e.V. (2024). Crash-Kurs Nachhaltiges Stadtgrün: Klimaanpassung & Biodiversität. Von <https://www.klimaanpassung-selbstgemacht.de/wp-content/uploads/2024/04/Vortrag-Baumscheiben-GreenKiez> abgerufen.

Haas, M. (2024). Handbuch für bürgerschaftlich gestoßene Entsiegelungs- und Begrünungsprojekte im öffentlichen Raum. Frankfurt a. M.: Lust auf Grün GmbH. Von https://www.greenit-up.de/d198ed_e921a9133f3b45a78ff193b2dc3c abgerufen.

Hemingway, J., Mathey, J., & Wirth, P. (2021). FOR DEVELOPING & IMPLEMENTING ACTION PLANS FOR URBAN AREAS BASED ON. Dresden: Institute of Ecological Urban and Regional Planning. Von <https://dx.doi.org/10.26084/pgyh-2021-01> abgerufen.

IOER. (2021). Handout_UEA_Training_Seminar.pdf abgerufen von https://www.ioer.de/fileadmin/user_upload/projekte/files/2021/FBL/Handout_UEA_Training_Seminar.pdf.

Schlager, J. (2024). Entsiegelung im öffentlichen Raum – in Berlin. (N.-L. Berlin, Hrsg.) Berlin. Von https://www.klimaanpassung-selbstgemacht.de/wp-content/uploads/2024/09/Praesentation_Juliana-Schlager_NABU-Berlin.pdf abgerufen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt. (o.J.). Die Umweltgerechte Stadt – Umweltgerechtigkeitsatlas Aktualisierung 2021/2022. Abgerufen am 17.02.2025 von Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt: <https://www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/nachhaltigkeit/umweltgerechtigkeit/>.

Sowińska-Świerkosz, B., & García, J. (2022). What are Nature-based solutions (NBS)? Setting core ideas for concept clarification. (ELSEVIER, Ed.) Nature-Based Solutions, p. 9. Retrieved from <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2772411522000015?via%3Dihub>.

Starzewská-Sikorská, A., Vojvodíková, B., Mathey, J., Tabasso, M., Trzaski, L., Gorgoń, J., . . . Fava, U. (2022). Handbook SALUTE4CE – handbook on urban environmental acupuncture. Ostrava: Technical University of Ostrava. Von https://ioer.de/fileadmin/user_upload/projekte/files/2022/FBL/SALUTE4CE_Handbook.pdf abgerufen.

Steck, S. (2024). Stadtnatur direkt am Haus. Von <https://www.klimaanpassung-selbstgemacht.de/wp-content/uploads/2024/08/Buergergruen-Vortrag-Susanne-Steck-komprimiert.pdf> abgerufen.



klima anpassung selbst gemacht